

Internationale Arbeitskonferenz, 99. Tagung 2010

Bericht des Generaldirektors

Beilage

Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete

Internationales Arbeitsamt Genf

ISBN 978-92-2-721875-7 (Print)
ISBN 978-92-2-721876-4 (Web pdf)
ISSN 0251-4095

Erste Auflage 2010

Die in Veröffentlichungen des IAA verwendeten, der Praxis der Vereinten Nationen entsprechenden Bezeichnungen sowie die Anordnung und Darstellung des Inhalts sind keinesfalls als eine Meinungsäußerung des Internationalen Arbeitsamtes hinsichtlich der Rechtsstellung irgendeines Landes, Gebietes oder Territoriums oder dessen Behörden oder hinsichtlich der Grenzen eines solchen Landes oder Gebietes aufzufassen.

Die Nennung von Firmen und gewerblichen Erzeugnissen und Verfahren bedeutet nicht, dass das Internationale Arbeitsamt sie billigt, und das Fehlen eines Hinweises auf eine bestimmte Firma oder ein bestimmtes Erzeugnis oder Verfahren ist nicht als Missbilligung aufzufassen.

Veröffentlichungen des IAA können bei größeren Buchhandlungen, den Zweigämtern des IAA in zahlreichen Ländern oder direkt beim Internationalen Arbeitsamt, ILO Publications, CH-1211 Genf 22, Schweiz, bestellt werden. Diese Stelle versendet auch kostenlos Kataloge oder Verzeichnisse neuer Veröffentlichungen.

Vorwort

Im Einklang mit dem Mandat der Internationalen Arbeitskonferenz habe ich in diesem Jahr erneut hochrangige Missionen in die besetzten arabischen Gebiete, nach Israel, in die Arabische Republik Syrien und zur Arabischen Arbeitsorganisation und der Liga der arabischen Staaten in Kairo entsandt, um über die Lage der arabischen Arbeitnehmer der besetzten Gebiete zu berichten. Die Delegationen konnten auf die volle Unterstützung aller beteiligten Parteien zählen, wofür ich sehr dankbar bin. Dies unterstreicht die breite Unterstützung der von der IAO verkörperten Werte.

Meine Vertreter führten ausführliche Gespräche mit zahlreichen Vertretern der Palästinensischen Behörde, der Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in den besetzten arabischen Gebieten, Mitgliedsgruppen in Israel und der Arabischen Republik Syrien sowie mit Vertretern der Vereinten Nationen und internationaler und nichtstaatlicher Organisationen. Alle lieferten wertvolle Informationen und Einblicke in die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete, die in die Ausarbeitung dieses Berichts eingeflossen sind. Die Mission hat ihre Tätigkeit zur Ermittlung der Tatsachen wie immer mit großem Engagement und der gebotenen Unparteilichkeit durchgeführt.

Der Bericht beschreibt, dass sich die wirtschaftliche Situation in dem besetzten palästinensischen Gebiet etwas gebessert hat, was darauf zurückgeführt werden kann, dass die Beschäftigungsquote, auch wenn sie im internationalen Vergleich immer noch sehr niedrig ist, rascher gewachsen und leicht angestiegen ist. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen erhöhte sich gegenüber 2008 um 3,7 Prozent auf 1.390 US-Dollar, lag aber immer noch um rund 15 Prozent unter der Höchstmarke von 1999. Infolge der nahezu vollständigen israelischen Abriegelung des Gazastreifens war das Wachstum zwischen Gaza und dem Westjordanland ungleich verteilt. Die fortgesetzte Konfliktsituation hat ein Jahrzehnt nach dem Beginn der zweiten Intifada eine wirtschaftliche Erholung verhindert.

Über ein Jahr nach dem verheerenden Krieg ist Gaza weiterhin ein „Industriefriedhof“, wie es ein führender palästinensischer Industrieller ausdrückte, und je länger die Abriegelung anhält, desto mehr unterminiert sie die Zukunftsperspektiven von Arbeitnehmern und ihren Familien, insbesondere der jungen Generation. Die Auswirkungen des Krieges haben eine neue langfristige Dimension angenommen, die verheerend ist. VN-Generalsekretär Ban Ki-moon bezeichnete die Abriegelung des Gazastreifens nach seinem jüngsten Besuch in Gaza am 24. März 2010 als „nicht hinnehmbar, unhaltbar und kontraproduktiv“.

Es gibt vier Hauptfaktoren, die zu einer zunächst beeindruckend erscheinenden wirtschaftlichen Verbesserung beigetragen haben, die aber in Wirklichkeit prekär bleibt. Erstens erfolgte sie vor dem Hintergrund eines erheblichen Produktionsrückgangs nach 2000. Zweitens stützte sie sich auf die außerordentlich hohe Haushalts- und Entwicklungshilfe, die die internationale Gemeinschaft der Palästinensischen Behörde gewährte, mit einer allein für 2009 zugesagten Haushaltsunterstützung von 1,4 Milliarden US-Dollar. Drittens wirkte sich die Reformagenda der Palästinensischen Behörde sehr posi-

tiv aus, was Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit anbelangt, sodass sich die Rahmenbedingungen für Wirtschaftstätigkeiten im Westjordanland verbesserten. Viertens trugen begrüßenswerte Lockerungen bestimmter Hindernisse für den Zugang und die Bewegungsfreiheit im Westjordanland sowie zwischen Westjordanland und Israel zu dem positiven Ergebnis bei.

Ostjerusalem wird hingegen zunehmend vom übrigen Westjordanland isoliert, was auf die Politik mit dem Ziel zurückzuführen ist, den Anteil der dort lebenden und arbeitenden Palästinenser zu verringern. Hinzu kommen vielfältige Behinderungen des Zugangs zu palästinensischem Land in der unter israelischer Kontrolle stehenden Zone C, die rund 60 Prozent des Westjordanlands umfasst. Dadurch werden Palästinenser daran gehindert, ihren Grund und Boden produktiv zu nutzen. Zwar waren in jüngster Zeit einige Verbesserungen beim Zugang nach Gaza zu beobachten, aber die Tatsache, dass die monatlichen Einfuhren, die 2007 noch ein Volumen von 10.000 LKW-Ladungen hatten, auf derzeit lediglich 2.000 LKW-Ladungen im Monat zurückgegangen sind, spricht eine traurige Sprache.

Während das palästinensische Volk leidet, während die Rechte und die Menschenwürde der Arbeitnehmer weiterhin täglich verletzt werden und während die Palästinensische Behörde eine strikte Politik der Gewaltlosigkeit verfolgt, wurden im letzten Jahr bei Friedensverhandlungen keine Fortschritte erzielt. Die kürzliche Ankündigung Israels einer fortgesetzten Ausweitung der Siedlungen in Ostjerusalem wirft einen Schatten auf den Beginn der Annäherungsgespräche, durch die eine Wiederaufnahme der Sachverhandlungen erreicht werden sollte. Die jüngste Militärverordnung zur Verhinderung von Infiltration wird von Tausenden palästinensischer Familien als Damoklesschwert empfunden. Ich kann nur meine tiefste Sorge über diese Entwicklungen zum Ausdruck zu bringen.

Palästina – Beendigung der Besatzung, Schaffung des Staates ist der Titel und das Motto des im vergangenen August veröffentlichten Programms der Dreizehnten Regierung, das darauf abzielt, die Institutionen eines freien, demokratischen und stabilen Staates Palästina aufzubauen, der die Grundsätze der Menschenrechte und der Gleichheit vor dem Gesetz einhält und friedlich an der Seite aller seiner Nachbarn lebt. Das Programm hat breite Unterstützung durch das Nahost-Quartett, die Liga der arabischen Staaten und der internationalen Finanzinstitutionen erfahren. Das Amt des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess hat betont, wie außerordentlich wichtig es ist, dass die internationale Gemeinschaft die Bemühungen der Palästinensischen Behörde um die Schaffung eines Staates auch künftig unterstützt. Ich schließe mich diesem Aufruf uneingeschränkt an.

Die ergänzende Strategie des Arbeitsministeriums für die Entwicklung des Arbeitssektors vom Februar 2010 verfolgt das Ziel, die gegenwärtigen Defizite in der Arbeitsstrategie durch die Schaffung eines förderlichen Umfelds für menschenwürdige Arbeit zu überwinden. Die Palästinensische Behörde hat sich dazu verpflichtet, die in den acht grundlegenden IAO-Übereinkommen verankerten Normen zu achten. Mit dem Arbeitsgesetz von 2000 hat sie eine gesetzliche Grundlage für den Schutz der Arbeitnehmerrechte geschaffen, und es ist ermutigend, dass die Strategie für den Arbeitssektor weitere Maßnahmen zur Festigung und Ergänzung des vorhandenen Rechtsschutzes vorsieht. Da die Strategie für den Arbeitssektor ein integraler Bestandteil des Gesamtprogramms der Palästinensischen Behörde ist, muss die generelle Berücksichtigung der Beschäftigung ein Grundsatz sein, der in alle Regierungsmaßnahmen zur Förderung des Wachstums des privaten Sektors einfließt. Ich möchte betonen, dass Beschäftigung im Mittelpunkt einer Strategie stehen muss, die sich auf eine florierende Wirtschaft, menschenwürdige Arbeit und gute Regierungs- und Verwaltungsführung stützt.

Das Engagement der IAO hat seine Wurzeln in den Werten, die von der Organisation vertreten und von ihrer globalen Mitgliedschaft nachdrücklich unterstützt werden. Die IAO hat ihre Programme der technischen Zusammenarbeit, deren Prioritäten auf die Strategie für den Arbeitssektor ausgerichtet sind, ausgeweitet. Die Durchführung erfolgt in Partnerschaft mit dem Arbeitsministerium, dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund von Palästina und dem Verband der Palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern sowie anderen wichtigen nationalen Organisationen und Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft.

Die IAO wird im Bereich der Unternehmensentwicklung und der Schaffung von Arbeitsplätzen weiterhin mit dem Wirtschaftsministerium, im Bereich des sozialen Schutzes mit dem Ministerium für soziale Angelegenheiten und im Bereich der Berufsausbildung mit dem Ministerium für Hochschulbildung zusammenarbeiten.

Besonderes Augenmerk gilt der Unterstützung der Sozialpartner und der Ausarbeitung des Rechtsrahmens für Sozialdialog und Dreigliedrigkeit.

Ich begrüße jegliche Bemühungen der Regierung Israels mit dem Ziel, die Belastung der palästinensischen Arbeitnehmer und Familien zu verringern. Die IAO hat stets die Ansicht vertreten, dass Verbesserungen des Zugangs und der Bewegungsfreiheit positive Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung und die Beschäftigung in dem besetzten palästinensischen Gebiet haben. Eine dauerhafte Lösung des Konflikts beruht darauf, einen unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat zu schaffen, der mit allen seinen Nachbarn in Frieden und in Sicherheit lebt.

Im besetzten syrischen Golan bilden die Behinderungen der Bewegungsfreiheit und des Zugangs die wichtigsten Barrieren für die wirtschaftliche Entwicklung und die Entstehung einer normalen Sozialstruktur. Für syrische Bürger ist es äußerst schwierig, eine Arbeit zu finden und ein Einkommen zu erzielen, die es ihnen erlauben, ihre syrisch-arabische Identität aufrechtzuerhalten.

Die IAO wird weiter ihre umfassenden Bemühungen mit den Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft fortsetzen, um das legitime Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat und eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu unterstützen, die unter Bedingungen der Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und menschlicher Würde zu menschenwürdiger Arbeit führt.

Mai 2010

Juan Somavia
Generaldirektor

Inhaltsverzeichnis

	<i>Seite</i>
Vorwort.....	iii
Einleitung	1
1. Der Kontext: Ein festgefahrener Friedensprozess.....	3
2. Wachstum und Beschäftigung: Ungleich und wenig gefestigt	8
3. Arbeitnehmerrechte und Menschenwürde.....	19
4. Syrische Arbeitnehmer im besetzten syrischen Golan	29
5. Staatenbildung trotz Besatzung	32
Quellennachweis	41
Anhang. Verzeichnis der Gesprächspartner	45

Einleitung

1. Im Einklang mit der EntschlieÙung über die Auswirkungen der israelischen Siedlungen in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten im Zusammenhang mit der Lage der arabischen Arbeitnehmer, die von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 66. Tagung (1980) angenommen worden war, entsandte der Generaldirektor in diesem Jahr erneut Missionen nach Israel und in die besetzten arabischen Gebiete sowie in die Arabische Republik Syrien und nach Ägypten, um eine möglichst umfassende Beurteilung der Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete vorzunehmen. Wie in früheren Jahren bemühten sich die Missionen darum, Informationen über die Lage der Arbeitnehmer des besetzten palästinensischen Gebiets (des Westjordanlands, einschließlich Ostjerusalems, und des Gazastreifens) und des besetzten syrischen Golan einzuholen und zu bewerten¹.
2. Die Vertreter des Generaldirektors lieÙen sich von den in der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation, einschließlich der Erklärung von Philadelphia, sowie der Erklärung der IAO über grundlegende Rechte und Prinzipien bei der Arbeit und der Erklärung der IAO über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung niedergelegten Grundsätzen und Zielen leiten. Außerdem orientierten sie sich an den von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen EntschlieÙungen sowie an den einschlägigen internationalen Arbeitsnormen niedergelegten und von den Aufsichtsgremien der IAO aufgestellten Grundsätzen.
3. Bei der Prüfung aller anstehenden Fragen, sowohl während der Missionen als auch bei der Ausarbeitung dieses Berichts, lieÙen sich die Vertreter des Generaldirektors wie üblich von den einschlägigen Normen des Völkerrechts leiten, insbesondere vom Haager Abkommen von 1907 (betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs) und vom Vierten Genfer Abkommen von 1949 (über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten), die auch von Israel unterzeichnet worden sind. Sie orientierten sich an den einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, namentlich den Resolutionen 242 (1967), 338 (1973), 497 (1980), 1397 (2002), 1515 (2003), 1850 (2008) und 1860 (2009) des Sicherheitsrats. Sie berücksichtigten ferner das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004 (IGH 2004).

¹ Wie bereits in früheren Berichten dargelegt, hat die israelische Regierung ihren Standpunkt in der Frage des Golan wie folgt formuliert: „Ziel der Mission des IAA ist die Sammlung von Informationen für den Bericht des Generaldirektors über die besetzten arabischen Gebiete. Die Regierung Israels vertritt den Standpunkt, dass der Golan, auf den die israelische Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung angewendet worden sind, kein solches Gebiet ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Mission des IAA als Zeichen des guten Willens und unter allem Vorbehalt die Genehmigung zum Besuch des Golan erteilt worden. Die Entscheidung, einen solchen offiziellen Besuch zu erleichtern, darf keinen Präzedenzfall darstellen und steht nicht im Widerspruch zum Standpunkt der israelischen Regierung.“ Es wird daran erinnert, dass der Golan von Israel 1981 einseitig annektiert wurde, und dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in seiner Resolution 497 (1981) Israel aufforderte, den niemals von den Vereinten Nationen anerkannten Beschluss, den Golan zu annektieren, rückgängig zu machen.

4. Der Generaldirektor betraute Friedrich Buttler (als seinen Sonderbeauftragten), Tariq Haq, Wirtschaftsforscher in der Hauptabteilung Wirtschafts- und Arbeitsmarktanalyse, und Martin Oelz, Referent für Rechtsfragen im Programm Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, mit der Mission nach Israel und in die besetzten arabischen Gebiete, die vom 10. bis 17. April 2010 stattfand. Mounir Kleibo, Vertreter der IAO für das Westjordanland und Gaza, und Rasha El Shurafa, Programmverantwortliche im Büro des Vertreters der IAO in Jerusalem, führten sämtliche Vorbereitungen für die Mission durch, der sie als Vollmitglieder angehörten.
5. Der Sonderbeauftragte des Generaldirektors besuchte die Arabische Republik Syrien am 18. April 2010, um Konsultationen mit der syrischen Regierung und mit Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden zu führen, sowie Ägypten am 18. und 19. April 2010, wo er mit Vertretern der Arabischen Arbeitsorganisation und der Liga der arabischen Staaten zusammentraf.
6. Im Verlauf der Missionen hatten die Vertreter des Generaldirektors zahlreiche Unterredungen und Treffen mit Gesprächspartnern auf israelischer, palästinensischer und syrischer Seite². Sie trafen Vertreter von verschiedenen Ministerien und Institutionen der Palästinensischen Behörde und der Regierung Israels, von palästinensischen und israelischen Verbänden der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, nichtstaatlichen Organisationen und Forschungsinstitutionen sowie Führer von Gemeinwesen. Die Mission konsultierte auch Vertreter der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen.
7. Der Generaldirektor ist allen beteiligten Parteien außerordentlich dankbar und möchte seiner Anerkennung dafür Ausdruck verleihen, dass seine Vertreter bei der Einholung der sachlichen Informationen, auf die sich dieser Bericht stützt, wie immer auf die volle Unterstützung aller Parteien, der Araber wie der Israelis sowie der Vertreter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, zählen konnten. Er dankt auch für die umfassende Unterstützung, die seiner Mission von den Behörden der Arabischen Republik Syrien, der Liga der arabischen Staaten, der Arabischen Arbeitsorganisation und dem Internationalen Bund Arabischer Gewerkschaften (ICATU) gewährt wurde.
8. Außer den öffentlich zugänglichen Daten, Studien und Berichten berücksichtigt dieser Bericht die von den genannten Missionen vor Ort erhaltenen schriftlichen und mündlichen Informationen. Die von der Regierung Israels, der Palästinensischen Behörde und der Regierung der Arabischen Republik Syrien sowie vom Bund Arabischer Gewerkschaften erhaltenen schriftlichen Unterlagen werden dankend zur Kenntnis genommen. Die mündlichen Informationen, die die Mission von ihren verschiedenen Gesprächspartnern erhielt, wurden besonders gründlich geprüft und soweit wie möglich mit anderen verfügbaren Informationen abgeglichen. Die Lage der palästinensischen und anderen arabischen Arbeitnehmer wurde von den Missionen einer unparteiischen und objektiven Prüfung unterzogen.

² Ein Verzeichnis der Gesprächspartner findet sich im Anhang dieses Berichts.

1. Der Kontext: Ein festgefahrener Friedensprozess

9. Während die schwierige Lage des palästinensischen Volkes andauert, insbesondere im abgeriegelten Gazastreifen, zeichnete sich der Zeitraum 2009-10 durch einen festgefahrenen Friedensprozess aus. Die Ankündigung im April 2010 von 1.600 neuen Wohneinheiten in Ostjerusalem hat den Beginn neuer „Annäherungsgespräche“ unterminiert, die die Grundlage für Friedensverhandlungen legen sollten. Stattdessen kam es weiter zu einseitigen Aktionen, z. B. die weitere Ausweitung israelischer Siedlungen im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalems, der andauernde Raketenbeschuss von Gaza aus, der sich wahllos gegen israelische Zivilisten richtet, sowie die israelische Militärverordnung Nr. 1650 vom 13. April 2010 betreffend die Verhinderung von Infiltration (Abänderung Nr. 2). Auf palästinensischer Seite wurden bei der Verbesserung der Sicherheit im Westjordanland und der Errichtung von Institutionen für einen künftigen palästinensischen Staat erhebliche Fortschritte erzielt; die Kluft zwischen der de-facto-Verwaltung der Hamas in Gaza und der legitimen Palästinensischen Behörde ist jedoch noch nicht überwunden. Die Lage ist also „kritisch“, laut B. Lynn Pascoe, dem VN-Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten (UNSC, 2010).

Die internationale Gemeinschaft: Positionen und Grundsätze

10. Die Vereinten Nationen setzen sich für eine Regelung aller mit dem endgültigen Status zusammenhängenden Fragen ein – Jerusalem, Grenzen, Flüchtlinge, Wasser und Sicherheit –, die in den Abkommen von Oslo, im Nahost-Fahrplan und in den entsprechenden Resolutionen des Sicherheitsrats aufgeführt sind. Zu den dort niedergelegten Grundsätzen gehören u.a. eine Verhandlungslösung auf der Grundlage von „Land gegen Frieden“, was einen Rückzug aus den seit 1967 besetzten Gebieten und eine Beendigung aller Ansprüche und Konflikte bedeutet, sodass alle Staaten in sicheren und anerkannten Grenzen leben, eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems (Resolution 242), die Unterstützung des Nahost-Fahrplans und die Verpflichtung der Parteien, Phase I des Fahrplans (Resolution 1515) umzusetzen, sowie das Bekenntnis zu einem Friedensvertrag, der alle Kernfragen ohne Ausnahme regelt (Resolution 1850).

11. Die Europäische Union brachte in den Schlussfolgerungen des Rates vom 8. Dezember 2009 ihre ernste Sorge über den Mangel an Fortschritten im Nahost-Friedensprozess zum Ausdruck und forderte die unverzügliche Wiederaufnahme der Verhandlungen, die innerhalb eines vereinbarten Zeitrahmens zu einer Zweistaatenlösung mit dem Staat Israel und einem unabhängigen, demokratischen, zusammenhängenden und lebensfähigen Staat Palästina führen würden, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben. Sie stellte fest: „Ein umfassender Frieden, der im grundlegenden Interesse der Parteien in der Region und der EU liegt, muss auf der Grundlage der einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrats, des Rahmens von Madrid einschließlich des Grundsatzes „Land gegen Frieden“, des Nahost-Fahrplans, der bislang von den Parteien getroffenen Vereinbarungen und der arabischen Friedensinitiative erzielt werden (EU, 2009).

12. Das Nahost-Quartett – VN-Generalsekretär Ban Ki-moon, der russische Außenminister Sergei Lavrov, US-Außenministerin Hilary Clinton und die Hohe Vertreterin der EU, Catherine Ashton – vertraten in ihrer Erklärung vom 19. März 2010 die Ansicht, dass die Verhandlungen zu einer binnen 24 Monaten zwischen den Parteien ausgehandelten Regelung führen sollten, die die Besatzung beenden und zur Schaffung eines

unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staates führen würde, der in Frieden und Sicherheit an der Seite Israels und seiner anderen Nachbarn lebt. Es forderte Israel und die Palästinenser auf, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und ihren früher eingegangenen Vereinbarungen und Verpflichtungen zu handeln, und forderte die Regierung Israels nachdrücklich auf, alle Siedlungstätigkeiten, einschließlich des natürlichen Wachstums, einzustellen, die seit März 2001 errichteten Außenposten zu abzureißen und die Zerstörung von Häusern und die Vertreibung von Bewohnern in Ostjerusalem zu unterlassen (VN, 2010a).

13. Vor diesem Hintergrund bleiben die Verbesserungen der Lage der Arbeitnehmer trotz einiger positiver Elemente, die das insgesamt düstere Szenario in jüngster Zeit etwas aufgehellt haben, fragil. Bereiche, die für den Aufbau des künftigen Staates Palästina besonders wichtig und für die Lage der Arbeitnehmer in dem besetzten palästinensischen Gebiet relevant sind, werden nachstehend kurz zusammengefasst und dann in Kapitel 2, das sich mit der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt befasst, sowie in Kapitel 3, in dem es um die Rechte und die Menschenwürde der Arbeitnehmer geht, ausführlicher behandelt. Kapitel 4 wirft einen kritischen Blick auf die besondere Situation der syrischen Arbeitnehmer im besetzten syrischen Golan, während das letzte Kapitel Feststellungen und Schlussfolgerungen zu dem Prozess der Schaffung des künftigen Staates Palästina enthält, unter spezieller Berücksichtigung von Bereichen, die sich auf die Lage der Arbeitnehmer auswirken.

Gaza: Ein Industriefriedhof und Perspektiven

14. Nach der israelischen Militäroperation „Gegossenes Blei“ im Dezember und Januar 2008-09 und den Schäden, die dadurch den Existenzgrundlagen der Palästinenser, ihrer Wirtschaft und ihren Arbeitsplätzen zugefügt wurden, sehen sich Frauen, Männer und ihre Familien weiterhin in der Zwangslage höchst restriktiver Bewältigungsstrategien. Während die strikte Abriegelung des Gazastreifens anhält, hat sich die „Tunnelwirtschaft“ weiterentwickelt, wobei die Blockade und die Tunnelwirtschaft jeweils als Vorwand füreinander dienen. Obwohl keine verlässlichen Daten über die Tunnelwirtschaft vorliegen, kann sie nicht länger als heimlich bezeichnet werden, wenn angeblich über 20.000 Menschen daran beteiligt sind, wenn die Tunneleinfahrten von großen Containern passiert werden können und wenn die Hamas als de-facto-Autorität den Verkehr kontrolliert und Gelder kassiert, die inzwischen einen wichtigen Einkommenszweig darstellen. In jüngster Zeit wurden Berichten zufolge einige Anstrengungen unternommen, um die Tunnelindustrie einzuschränken, aber die Ergebnisse sind noch unklar.

15. Nach Aussage des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Nahen Osten „sind die israelische Abriegelung des Gazastreifens, die Ablehnung der Grundprinzipien des Friedensprozesses durch die Hamas, die fehlende Einheit auf der Grundlage der von der PLO eingegangenen Verpflichtungen, die fortdauernde Gewaltausübung durch Militante, die israelischen Militäraktionen und der anhaltende Schmuggel die prägenden Merkmale einer multidimensionalen Krise“ (UNSCO, 2010). Während die israelische Regierung in jüngster Zeit die Einfuhr einiger humanitärer Güter erlaubt hat, können die meisten Lieferungen, die für den Wiederaufbau von Häusern, Schulen und Krankenhäusern sowie für die Industrieproduktion benötigt werden, die Grenze nach wie vor nicht passieren. „Gaza ist ein Industriefriedhof“, sagte ein führender palästinensischer Industrieller bei seinem Treffen mit der Mission. Während die Tunnelwirtschaft Konsumgüter, Treibstoff und einige Baumaterialien liefert, sind die Produktionsanlagen nach wie vor zerstört oder haben den Betrieb auf niedrigstem Kapazitätsniveau wieder aufgenommen. Dies ist der Grund, warum die meisten Arbeitnehmer nach wie vor daran

gehindert werden, einen angemessenen Lebensunterhalt zu verdienen, warum Familien ohne ausreichende Mittel zum Kauf von Konsumgütern auf dem Markt zunehmend verzweifelt und von Hilfe abhängig sind, und warum Kinder nicht die Schulbildung und die Freizeitaktivitäten genießen können, die sie unbedingt benötigen, um in Frieden aufzuwachsen. Ein gut informierter Beobachter erläuterte, dass innerhalb der Gesellschaft von Gaza eine wachsende Kluft besteht zwischen denjenigen, die von diesen jüngsten Entwicklungen profitieren, und auf der anderen Seite den Arbeitgebern, Arbeitnehmern und ihren Familien, deren Produktionskapazitäten und Existenzgrundlagen nach wie vor zerstört sind. Wenn dies so weitergehen würde, wären die langfristigen Auswirkungen auf die Sozialstruktur und damit auf den Friedensprozess katastrophal, betonte er.

16. Die Schlussfolgerung lautet, dass sowohl die israelischen als auch die palästinensischen Akteure ihren Teil beitragen müssen. Nach seiner jüngsten Reise durch das besetzte palästinensische Gebiet bezeichnete VN-Generalsekretär Ban Ki-moon am 24. März 2010 die Abriegelung von Gaza als „nicht hinnehmbar, unhaltbar und kontraproduktiv“. Er forderte die palästinensischen Akteure auf, „ihren Teil zu leisten, namentlich durch die Beendigung der Gewalt und der Raketenangriffe, und parteiliche Interessen zu überwinden, um die Wiedervereinigung Gazas und des Westjordanlands voranzutreiben“.

Zugang und Freizügigkeit: Einzelne Fortschritte, insgesamt jedoch strikte Kontrolle

17. Beschränkungen des Zugangs und der Bewegungsfreiheit im Westjordanland einschließlich Ostjerusalems, namentlich die Sperrmauer, Kontrollstellen und andere physische Hindernisse sowie ein immer komplizierteres Genehmigungssystem, wirken sich nach wie vor sehr negativ auf die Wirtschaftstätigkeit und die palästinensische Sozialstruktur, Unternehmen und das Wohlergehen der Arbeitnehmer aus. Im Zeitraum 2009-10 hat die Regierung Israels einige sehr begrüßenswerte Schritte ergriffen, um in bestimmten Teilen des Westjordanlands die Einschränkungen zu lockern. Dies gilt jedoch nicht für Ostjerusalem, wo die Einschränkungen noch verschärft wurden. Es gilt auch nicht für jene anderen Teile des Westjordanlands, die für die Verhandlungen über den endgültigen Status von strategischer Bedeutung sind. Dies scheint insbesondere für die Randzone zwischen der Sperrmauer und der Waffenstillstandslinie von 1949 („Grüne Linie“), für den weiteren Ausbau der Siedlungen und für den überwiegenden Teil der Zone C zuzutreffen, die den Norden, das Zentrum und den Süden des palästinensischen Gebiets vom Westjordanland, einschließlich des Jordantals nördlich von Jericho, trennt.

18. Wo die Sperrmauer auf besetztem Land und nicht auf der Grünen Linie errichtet wurde, ist sie nach dem Völkerrecht illegal. Daten des Palästinensischen Statistischen Zentralamts (PCBS) zeigen, dass der isolierte Bereich zwischen der Sperrmauer und der Grünen Linie eine Fläche von fast 555.000 Dunums umfasst, was 9,5 Prozent des Westjordanlands entspricht (PCBS, 2010a; OCHA, 2010). Sie ist und bleibt das größte Hindernis für Zugang und Bewegungsfreiheit der Palästinenser. Die in der Randzone lebenden Palästinenser und die Bauern, die dort über Land und Wasserressourcen verfügen, sind mit erheblichen Herausforderungen und nachteiligen wirtschaftlichen Folgen konfrontiert (UNSCO, 2010).

19. Die Zone C umfasst über 60 Prozent des Westjordanlands mit schätzungsweise 150.000 Palästinensern. Sie ist wichtig für die agro-industrielle und die allgemeine industrielle Entwicklung sowie für den territorialen Zusammenhang und die Lebensfähigkeit eines künftigen palästinensischen Staates. Der größte Teil des Jordantals fällt in diese Zone. In rund 70 Prozent der Zone C ist jede palästinensische Bautätigkeit effektiv

verboten; das Fehlen von Baugenehmigungen hindert auch die Palästinensischen Behörde daran, angemessene Bildungs-, Gesundheits- und andere Dienste für die palästinensischen Kommunen zur Verfügung zu stellen. Die Abriegelung erschwert den Zugang zu Grundversorgungsdiensten an anderen Orten, zu Wirtschaftszentren und zu Agrar- und Weideland (UNSCO, 2010). Daher konzentrieren sich die internationalen Organisationen zu Recht auf die Entwicklung der Zone C als wichtiges Element des Zusammenhangs und der Lebensfähigkeit eines künftigen palästinensischen Staates.

20. Im Rahmen der Besatzung übt die Regierung Israels weiterhin die Gesamtkontrolle über die Zonen A, B und C aus und behält sich das Recht auf Eingriffe vor, wenn sie ein solches Vorgehen für angebracht hält. Dies steht offensichtlich im Gegensatz zum Ziel, zwischen den am Friedensprozess beteiligten Parteien gegenseitiges Vertrauen zu schaffen.

Siedlungen: Fortgesetzte israelische Politik verstößt gegen das Völkerrecht

21. Es sind jetzt dreißig Jahre vergangen, seit die Internationale Arbeitskonferenz den Generaldirektor aufforderte, ihr jährliche Berichte über die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete vorzulegen. Damals richtete die Konferenz ihre Aufmerksamkeit insbesondere auf die Errichtung israelischer Siedlungen in diesen Gebieten und äußerte ihre Besorgnis über „ihre wirtschaftlichen und sozialen Folgen, die die sozialen und wirtschaftlichen Rechte und Interessen der arabischen Arbeitnehmer ernsthaft beeinträchtigen“. Im gleichen Jahr hatte der VN-Sicherheitsrat die Regierung Israels aufgefordert, die bestehenden Siedlungen abzureißen und die Errichtung, den Bau und die Planung von Siedlungen in den seit 1967 besetzten arabischen Gebieten einzustellen (Resolution 465). Seither wurden in zahlreichen Resolutionen der VN-Generalversammlung Besorgnisse über die israelische Siedlungspolitik und ihre gravierenden Folgen für die Rechte und das Wohl des palästinensischen Volkes und der syrischen Bürger des besetzten syrischen Golan geäußert und eine Einstellung der Siedlungstätigkeiten gefordert (zuletzt in Resolution 64/93 vom 10. Dezember 2009). Der Internationale Gerichtshof kam in seinem Gutachten von 2004 zu dem Ergebnis, dass die israelischen Siedlungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet (einschließlich Ostjerusalems) unter Verstoß gegen das Völkerrecht errichtet wurden (IGH 2004).

22. Ungeachtet dieser Besorgnisse werden jedoch die Rechte, die Würde und die sozio-ökonomische Lage des palästinensischen Volkes und der syrischen Bürger des besetzten syrischen Golan durch die in diesem Bericht beschriebene Politik der Regierung Israels, israelische Siedlungen im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalems, und im besetzten syrischen Golan zu errichten und zu erweitern, nach wie vor ernsthaft beeinträchtigt. Der VN-Untergeneralsekretär für politische Angelegenheiten, B. Lynn Pascoe, berichtete dem Sicherheitsrat am 14. April 2010, die von Israel seit November 2009 angekündigte teilweise Einschränkung der Siedlungstätigkeiten im Westjordanland sei zwar ein positiver Schritt, sie erfülle jedoch noch nicht die Israel aus dem Nahost-Fahrplan erwachsende Verpflichtung zu einer völligen Einstellung der Siedlungstätigkeit (UNSC, 2010). Tatsächlich waren bis Ende 2009 1.703 neue Wohneinheiten in Siedlungen errichtet worden, ohne Berücksichtigung von Außenposten oder sonstigen Bautätigkeiten in nicht von der Regierung Israels genehmigten Siedlungen (Weltbank, 2010).

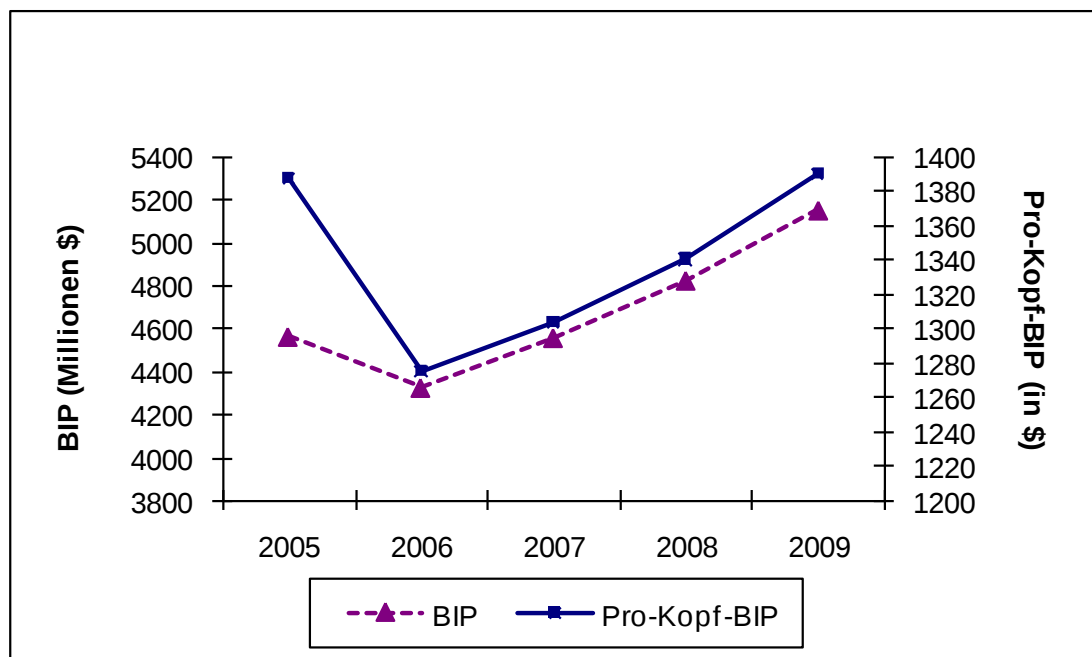
23. Siedlungen sind die Hauptursache für die Erschöpfung natürlicher Ressourcen und die Beschlagnahme von palästinensischem und arabischem Land, Einschränkungen des Zugangs und der Bewegungsfreiheit der Palästinenser, territoriale Fragmentierung, israelische Planungsmaßnahmen, die die palästinensische und arabische Entwicklung behin-

dern, und für von israelischen Siedlern begangene Gewalttaten. Dreißig Jahre nach der Konferenzentschließung von 1980 hat sich in den besetzten arabischen Gebieten ein System einer Trennung etabliert, das in krassem Gegensatz zu den Werten und Grundsätzen der IAO steht, die anerkennen, dass „alle Menschen, ungeachtet ihrer Rasse, ihres Glaubens und ihres Geschlechts, das Recht haben, materiellen Wohlstand und geistige Entwicklung in Freiheit und Würde, wirtschaftlicher Sicherheit und unter gleich günstigen Bedingungen zu erstreben“. (IAO, Erklärung von Philadelphia).

2. Wachstum und Beschäftigung: Ungleich und wenig gefestigt

24. Das besetzte palästinensische Gebiet verzeichnete 2009 eine Beschleunigung der Wirtschaftstätigkeit. Das BIP erhöhte sich insgesamt um 6,8 Prozent gegenüber 2008, während das Pro-Kopf-Einkommen um 3,7 Prozent auf 1.390 US-Dollar stieg und damit wieder den Stand von 2005 erreichte (siehe Abbildung 2.1). Trotz dieser Erholung liegt das Einkommensniveau immer noch rund 15 Prozent unter dem Höchststand von 1999. Ein Jahrzehnt nach dem Beginn der zweiten Intifada behindert die Fortdauer der Besatzung und des Konflikts weiterhin eine umfassende wirtschaftliche Erholung.

Abbildung 2.1. BIP und Pro-Kopf-BIP



Quelle: PCBS, National Accounts, 2009.

25. Die Wachstumsverteilung zwischen dem Westjordanland und Gaza war unausgewogen. Eine vorläufige Schätzung geht davon aus, dass das reale BIP-Wachstum im Westjordanland rund 8,5 Prozent betrug, in Gaza jedoch nur 1 Prozent (Weltbank, 2010). Außerdem wurde der Mission mitgeteilt, dass selbst innerhalb des Westjordanlands die Wachstumstrends unterschiedlich waren: während in Ramallah die Wirtschaft florierte, lagen andere Gebiete weit zurück. Für eine Beurteilung regionaler Wachstumsmuster im Jahr 2009 standen keine Daten zur Verfügung.

26. Die Wiederbelebung des Wachstums steht jedoch noch nicht auf festem Grund. Sie ist hauptsächlich auf die Unterstützung durch Geber zurückzuführen, die 2009 Budgethilfe in Höhe von etwa 1,4 Milliarden US-Dollar bereitstellten. Dies ermöglichte es der Palästinensischen Behörde, die Wirtschaft weiterhin durch ein umfangreiches Konjunkturprogramm zu fördern, was ein auf den Konsum (und nicht auf produktive Investitionen) gestütztes Wachstum begünstigte. Die Verbesserung von Recht und Ordnung, die Verwaltungsreformen der Palästinensischen Behörde sowie die Verbesserung bestimmter Aspekte der Bewegungsfreiheit und des Zugangs innerhalb des Westjordanlands (die an anderer Stelle in diesem Kapitel noch ausführlicher bewertet werden) haben ebenfalls zu dem positiveren Wirtschaftsumfeld beigetragen, aber es ist mit Hilfe dieser

begrüßenswerten Verbesserungen bisher nicht gelungen, das Vertrauen der Investoren soweit zu stärken, dass dies im privaten Sektor ein der Leistung des öffentlichen Sektors ebenbürtiges Wachstum ausgelöst hätte. Umfangreiche Investitionen oder nennenswertes Wachstum waren in den produktiven Wirtschaftssektoren bisher nicht zu verzeichnen. Fertigung und Landwirtschaft weisen nach wie vor nur geringe Anteile am BIP und an der Beschäftigung auf, vor allem im Vergleich zum Dienstleistungssektor, der die palästinensische Wirtschaft weiter dominiert (siehe Übersicht 2.1). Hinzu kommt, dass der Anteil der Beschäftigung in der Landwirtschaft, im Handel und im Baugewerbe erheblich über dem BIP-Anteil dieser Sektoren liegt, ein Hinweis auf geringe Produktivität.

Übersicht 2.1. Sektorale Aufteilung von BIP und Beschäftigung

	4.Q 2009 (%)	
	Anteil am BIP	Anteil an der Beschäftigung
Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft	5,2	12,4
Fertigung, Bergbau und Steinbrüche	14,4	12,6
Baugewerbe	6,9	11,4
Handel, Restaurants und Hotels	12,4	19,7
Transport, Lagerung und Kommunikation	8,7	6
Dienstleistungen und andere Branchen	52,4	37,9
Insgesamt	100	100

Quelle: PCBS, Labour Force Survey 2009 und National Accounts 2009.

27. Die stärkste Zunahme der Tätigkeit im privaten Sektor vollzog sich im Baugewerbe, dessen Anteil am BIP 2009 um 6,9 Prozent anstieg, verglichen mit 5,6 Prozent 2008, sowie im damit zusammenhängenden Immobiliensektor. Nach Angaben der Weltbank verdankt dieser Markt seinen Aufschwung vor allem den Beamten der Palästinensischen Behörde und den Beschäftigten der nichtstaatlichen Organisationen; dies unterstreicht, welche Rolle die von den Gebern gewährte Hilfe in Bezug auf das Wirtschaftswachstum spielt (Weltbank, 2010).

28. Nach den Worten des Wirtschaftsministers der Palästinensischen Behörde ist der palästinensische Privatsektor „in einem Käfig eingesperrt“. Als unmittelbare Folge der militärischen Besatzung durch Israel hat er keinen Zugang zu Land und anderen natürlichen Ressourcen, die für eine Entwicklung nötig wären. Die Abriegelungspolitik hat zu einer Fragmentierung des Westjordanlands, zur Isolierung Ostjerusalems und der vollständigen Trennung des Westjordanlands vom Gazastreifen geführt, und den Zugang palästinensischer Unternehmen zu Märkten eingeschränkt, was sie nicht konkurrenzfähig macht, weil sie wirtschaftliche Größenvorteile nicht wirksam nutzen können. Da der Gazastreifen blockiert ist, sind die Handelsmöglichkeiten des Westjordanlands stark eingeschränkt durch die vorgeschriebenen Handelsübergänge entlang der Sperrmauer und die ineffiziente Abfertigung an der Allenby-Brücke nach Jordanien (Weltbank, 2008). Das Palästinensische Handelszentrum (PALTRADE), das die Handelsübergänge an der Sperrmauer beobachtet, verweist auf eine Vielzahl hoher Transaktionskosten, z. B. die Erschwernisse und Kosten durch die Vorschrift, Waren unter Beachtung strenger Beschränkungen auf Paletten zu packen, zusätzlich zu langen Warte-, Inspektions- und Transferzeiten, die mit dem vorgeschriebenen Umladesystem einhergehen, sowie das erhöhte Risiko von Beschädigungen der Waren. Ein weiteres nichttarifäres Handels-

hemmnis, das von den Gesprächspartnern der Mission genannt wurde, war die Anwendung immer strengerer israelischer Normen für die Einfuhr palästinensischer Güter nach Ostjerusalem. Andererseits werden die palästinensischen Märkte östlich der Sperrmauer mit billigen Importen überschwemmt, eine Konkurrenz, gegen die die palästinensischen Erzeuger häufig nur schwer ankommen. Die Palästinensische Behörde hat sich vor kurzem gegen solche Erzeugnisse aus den Siedlungen gewandt und ihre Absicht erklärt, sie von den palästinensischen Märkten fernzuhalten.

29. In Gaza war das Wirtschaftswachstum von 1 Prozent, das angesichts der anhaltenden Blockade erzielt wurde, hauptsächlich auf Bewältigungsmechanismen zurückzuführen, darunter die Wiedereröffnung einer begrenzten Zahl von Unternehmen, die häufig völlig andere Dienste oder Produkte anbieten als früher, je nach Verfügbarkeit von Gütern auf dem einheimischen Markt. Die meisten der 3.900 Industrieunternehmen, die es vor der im Juni 2007 verhängten Blockade gab, sind jedoch nach wie vor geschlossen. Am Ende dieses Kapitels findet sich eine ausführlichere Beurteilung der Lage in Gaza.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

30. Entsprechend dem höheren Wirtschaftswachstum kam es 2009 zu einer Verbesserung der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktsituation gegenüber 2008. Im vierten Quartal 2009 wurde eine leicht höhere Beschäftigungsquote³ von 31,2 Prozent verzeichnet, gegenüber 29,8 Prozent im vierten Quartal 2008. Diese Quote ist im internationalen Vergleich immer noch sehr niedrig. Die Gesamtbeschäftigung im Westjordanland und in Gaza wuchs um ungefähr 15 Prozent. Zwar kletterte in Gaza die Beschäftigung von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau wieder auf den Stand von 2007, bewirkt durch die Erweiterung einiger Arbeitsbeschaffungssysteme der Geber und die Wiedereröffnung einer begrenzten Zahl von Unternehmen, jedoch gibt die Qualität der Beschäftigung vieler Menschen angesichts des Fehlens einer produktiven Wirtschaftstätigkeit und der Zunahme der illegalen Tunnelwirtschaft Anlass zu ernsthafter Sorge.

31. Die Arbeitslosigkeit im Westjordanland und in Gaza ging von 250.000 im vierten Quartal 2008 auf 239.000 im vierten Quartal 2009 zurück. Dies bewirkte im Westjordanland eine Senkung der Arbeitslosenquote von 19,8 auf 18,1 Prozent und in Gaza im gleichen Zeitraum von 44,8 auf 39,3 Prozent. Die niedrigere Arbeitslosenquote in Gaza kann nicht als Signal für eine stärkere wirtschaftliche Gesundung interpretiert werden. Sie ist immer noch eine der höchsten Quoten der Welt und dürfte außerdem eher zu niedrig angesetzt sein, weil Arbeitnehmer, die nicht förmlich entlassen wurden, aber nicht arbeiten und auch keinen Lohn erhalten, als „vorübergehend abwesende Beschäftigte“ und nicht als „Arbeitslose“ eingestuft werden. Abhängigkeit von Hilfe und tiefe Armut bestimmen weiterhin das Leben der meisten Einwohner von Gaza. Im Mai 2008, fast ein Jahr nach Verhängung der Blockade, lebten über 70 Prozent von ihnen unter der Armutsgrenze von 1 US-Dollar pro Tag. Nach der Operation „Gegossenes Blei“ im Januar 2009 litten 75 Prozent der Bevölkerung Gazas unter Ernährungsunsicherheit (OCHA, 2009a).

³ Die Beschäftigungsquote wird gemessen anhand der Gesamtbeschäftigung im Verhältnis zur Bevölkerung über 15 Jahren.

Übersicht 2.2. Arbeitsmarkttrends, 2008-09

	2008	2009				2009	2009 4.Q - 2008 4.Q
	4.Q	1.Q	2.Q	3.Q	4.Q	Jährlicher Durchschnitt	(% Veränderung)
Bevölkerung über 15 Jahren ('000)	2.165	2.255	2.277	2.299	2.321	2.288	7,2
Erwerbstätige ('000)	896	934	950	955	964	950,8	7,6
Beschäftigung ('000)	646	697	739	709	724	717,3	12,1
Westjordanland	406	430	471	454	466	455,3	14,8
Gaza	161	197	192	179	186	188,5	15,5
Israel und Siedlungen	78	70	75	76	72	73,3	-7,7
Arbeitslosigkeit ('000)	250	237	211	246	239	233,3	-4,4
Erwerbsquote (%)	41,4	41,4	41,7	41,6	41,5	41,6	0,2
Arbeitslosenquote (%)	27,9	25,4	22,2	25,8	24,8	24,6	-11,1
Westjordanland (%)	19,8	19,5	15,9	17,8	18,1	17,8	-8,6
Gaza (%)	44,8	37	36	42,3	39,3	38,7	-12,3

Quelle: PCBS, Labour Force Surveys, 2008-09.

32. Die Erwerbsquote blieb mit rund 41,5 Prozent auch 2009 extrem niedrig. Der Hauptgrund hierfür ist die dramatisch geringe Erwerbsbeteiligung von Frauen. Trotz einer leichten Verbesserung in den letzten zehn Jahren lag die weibliche Erwerbsquote im vierten Quartal 2009 insgesamt bei 15,1 Prozent, mit 17,1 Prozent im Westjordanland und lediglich 11,6 Prozent in Gaza. Gleichzeitig sind 27,3 Prozent der erwerbstätigen palästinensischen Frauen arbeitslos, davon rund 84 Prozent mit einer 13-jährigen oder längeren Schul- oder Berufsausbildung. (PCBS, 2010; 2009a, b; 2010b-e; Palästinensisches Frauenforschungs- und Dokumentationszentrum, 2009). Lange Perioden der Arbeitslosigkeit bergen auch die Gefahr, dass gebildete junge Frauen aus Frustration ganz aus dem Erwerbsleben ausscheiden und somit wirtschaftliches Potenzial verloren geht. Für die Beschäftigung von Frauen in den besetzten arabischen Gebieten gibt es zahlreiche Hindernisse, die von einem Missverhältnis zwischen den durch das Bildungssystem vermittelten Qualifikationen und den Bedürfnissen am Arbeitsmarkt über die praktische Diskriminierung am Arbeitsplatz hinsichtlich Entlohnung und anderen Leistungen bis zu kulturellen Barrieren reichen. Die militärische Besatzung verschärft diese Hindernisse durch ihr System der Abriegelung und Einschränkung der Bewegungsfreiheit erheblich. Zur Verbesserung der Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt sind aktive Maßnahmen und Programme unerlässlich, daher wurde 2009 unter Beteiligung zahlreicher Interessengruppen ein dreigliedriges Nationales Frauenkomitee gegründet, das unter Leitung des Arbeitsministeriums der Palästinensischen Behörde die Koordinierung solcher Maßnahmen und Programme übernehmen soll.

33. Für Palästinenser, die bereits eine Sicherheitsprüfung durchlaufen haben und im Besitz eines Magnetstreifenausweises sind, gilt weiterhin ein System von Arbeitsgenehmigungen und Quoten, das den palästinensischen Zugang zu israelischen Arbeitsmärkten, die durch die Sperrmauer um das Westjordanland erreicht werden, sowie zu israelischen Siedlungen auf beiden Seiten kontrolliert. Die Zahl der in Israel und in den Siedlungen arbeitenden Palästinenser ging von geschätzten 78.000 Arbeitnehmern im vierten Quar-

tal 2008 auf 72.000 ein Jahr später zurück. Dies steht im Widerspruch zur Zunahme der von den israelischen Behörden ausgestellten Genehmigungen für die Arbeit in Israel und in den Siedlungen, die zwischen 2008 und 2009 von 45.900 auf 48.400, also um 5,4 Prozent, zugenommen haben⁴ (COGAT, 2010). Diese scheinbare Diskrepanz lässt darauf schließen, dass die Zahl der Palästinenser, die ohne Genehmigung auf israelischen Arbeitsmärkten tätig sind, zurückgegangen ist. 26.200 Genehmigungen wurden für Arbeit in Israel und 22.200 für Arbeit in den Siedlungen ausgestellt. Die Mission erfuhr vom Arbeitsministerium, dass die Palästinensische Behörde die Ausgabe von Arbeitsgenehmigungen an palästinensische Arbeitnehmer in israelischen Siedlungen im Westjordanland in Zukunft nicht mehr fördern wird, parallel zu ihren Bemühungen, keinen Handel mit in den Siedlungen erzeugten Gütern zu treiben. Letztendlich wird das Ziel verfolgt, den Zustrom palästinensischer Arbeitnehmer in die israelischen Siedlungen völlig zu stoppen, aber dies würde ein erhebliches Wachstum der Aufnahmekapazität der palästinensischen Wirtschaft voraussetzen, um die Existenzgrundlagen der betroffenen Arbeitnehmer und ihrer Familien zu schützen.

Preise und Löhne

34. Dem PCBS-Verbraucherpreisindex zufolge stiegen die Verbraucherpreise 2009 im Jahresdurchschnitt um 2,75 Prozent gegenüber 2008. Daran zeigt sich, dass die außerordentlich hohe Inflationsrate, die 2008 zu beobachten war, zurückgegangen ist, wenn auch die Preise im Verhältnis zu den Trends der Durchschnittseinkommen relativ hoch bleiben. Preissteigerungen gab es bei Nahrungsmitteln, (um 3,6 Prozent), Bekleidung (3,76 Prozent), Haushaltsgütern (7,21 Prozent) und Bildung (4,42 Prozent), während die Kosten für Transport und Wohnung zurückgingen (um 2,64 bzw. 0,73 Prozent). Der Preisanstieg war in Gaza (4,42 Prozent) und in Ostjerusalem (3,54 Prozent) höher als im Westjordanland (0,57 Prozent). In Gaza könnte dies auf die stärkere Verknappung von Waren wegen der andauernden Blockade zurückzuführen sein, sowie auf die überhöhten Preise der Konsumgüter, die durch die Tunnel bei Rafah unter der Grenze mit Ägypten geschmuggelt werden. Die PCBS-Daten lassen für Anfang 2010 eine Stabilisierung der Preise erkennen.

35. Während Realloohnerhöhungen die Kaufkraft der Beschäftigten des öffentlichen Sektors im Westjordanland verbessert haben, gingen die Reallöhne in Gaza effektiv zurück (siehe Übersicht 2.3). Ebenso beunruhigend ist der Rückgang der durchschnittlichen realen Tageslöhne der Arbeitnehmer im Privatsektor des Westjordanlands um 8,5 Prozent, während die Löhne für Arbeit in Israel und in den Siedlungen stark angestiegen sind. Palästinensische Arbeitnehmer in Israel und in den Siedlungen verdienen heute fast doppelt so viel wie ihre Kollegen im Privatsektor des Westjordanlands. Es besteht somit weiterhin ein hoher Anreiz für die Aufnahme von Arbeit in Israel und in den Siedlungen.

⁴ Der Israelische Koordinator für Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT) meldet außerdem, dass für palästinensische Arbeitnehmer in Israel 5.000 Übernachtungsgenehmigungen erteilt wurden, dass 456 „Businessmen Cards“ ausgestellt wurden, die palästinensischen Geschäftsleuten die Einreise nach Israel erlauben, und dass ein zusätzliches Kontingent von 400 Handelsgenehmigungen für die Einreise nach Israel bereitgestellt wurde.

Übersicht 2.3. Nominale und reale Durchschnittslöhne und Preise, 2009

	Westjordanland	Gaza
Durchschnittlicher Tageslohn, neue israelische Schekel (NIS), 2009 4.Q.		
Öffentlicher Sektor	88,8	71,5
Privater Sektor	79,6	43,7
Israel und Siedlungen	156,4	–
Reallöhne: Veränderung 2009-08 (%)		
Öffentlicher Sektor	4,6	-2
Privater Sektor	-8,5	-0,1
Israel und Siedlungen	12,7	–
Verbraucherpreisindex 2009 (%)	0,57	4,42
Quelle: PCBS, Labour Force Surveys, 2008-2009, und Daten des Verbraucherpreisindex, 2010.		

Bewegungsfreiheit, aber eingeschränkter Zugang

36. Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, namentlich durch Kontrollpunkte, Straßensperren, die Sperrmauer im Westjordanland, Erdwälle, Gräben und Tore, verbunden mit einem komplizierten, undurchsichtigen und restriktiven System von Genehmigungen, beeinträchtigen nach wie vor die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten im Westjordanland, während Gaza effektiv abgeschnitten bleibt. Im Verlauf von 2009 und im ersten Quartal 2010 gab es eine Lockerung der internen Abriegelungsmaßnahmen im Westjordanland durch die israelischen Behörden. Nach Daten von OCHA ist die Zahl der Abriegelungen zwischen September 2008 und Februar 2010 von 630 auf 550 zurückgegangen (OCHA 2010a), obwohl die durchschnittliche Zahl der vorübergehend eingerichteten „fliegenden“ Kontrollstellen von 65 im Jahr 2009 auf 100 Anfang 2010 gestiegen ist. Zudem gab es in der Altstadt von Hebron (Zone H2) ⁵ weitere 92 Kontrollstellen und andere Hindernisse, die in den genannten Zahlen nicht enthalten sind. Parallel dazu wurde ein großer Teil der Abriegelungs-Infrastruktur östlich der Sperrmauer durch eine Lockerung der Kontrollverfahren durchlässiger gemacht, etwa durch die Aufhebung von Genehmigungsvorschriften, die Verlängerung von Öffnungszeiten sowie durch weniger häufig und nur noch ad hoc durchgeführte Überprüfungen (anstelle der früheren systematischen Überprüfungen). Nach Angaben des Israelischen Koordinators für Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT) wurden seit April 2008 etwa 357 Straßensperren und Kontrollstellen gelockert oder beseitigt, davon 210 in den beiden Monaten bis April 2010 (COGAT, 2010).

37. Jedoch gibt die rein quantitative Analyse der Abriegelungen die Realität der Bewegungsfreiheit und des Zugangs nur teilweise wieder. OCHA hat festgestellt, dass es trotz der Lockerung der Bewegungseinschränkungen keine nennenswerten Verbesserungen

⁵ Mit dem speziellen Hebron-Protokoll, unterzeichnet am 17. Januar 1997 von Israel und der Palästinensischen Behörde, wurde eine gesonderte Zone (H2) geschaffen, die etwa 20 Prozent der Stadt Hebron umfasst. Es war vorgesehen, dass die Palästinensische Behörde Verwaltungsdienste für diese Zone bereitstellt, Israel jedoch uneingeschränkt die Sicherheitskontrolle übernehmen würde. In diesem Gebiet wohnen etwa 400 israelische Siedler inmitten von 35.000 Palästinensern (und etwa 170.000 Palästinensern in der Stadt Hebron insgesamt). Diese Siedler werden von 1.500 Soldaten der israelischen Streitkräfte geschützt.

beim Zugang der Palästinenser zu Land und bei der Nutzung von Flächen im Westjordanland gegeben hat, vor allem in der Zone C, die 60 Prozent des Westjordanlands umfasst (OCHA, 2009b). Zwar wurde die Bewegungsfreiheit zwischen Städten erleichtert, aber nur im Rahmen der Verfestigung bestimmter Kontrollmechanismen, z. B. besonders wichtiger Kontrollpunkte, und des Ausbaus eines alternativen Straßennetzes für Palästinenser mit dem Ziel, durch eine solche „Lebensader“ die Transportkontinuität zu Lasten des territorialen Zusammenhangs zu verwirklichen. Dies trägt zur Unterbrechung des traditionellen Straßenverlaufs, zu weiteren Landverlusten und zu der andauernden Fragmentierung des Westjordanlands bei.

38. Die Bedeutung eines bestimmten Kontrollpunkts oder einer Straßensperre kann ermittelt werden durch eine Analyse ihrer Auswirkungen auf das Gemeinwesen und die lokale Wirtschaft, bei der die geografische und strategische Bedeutung des Standorts dieses Hindernisses, die Anzahl der davon betroffenen Personen, die unmittelbaren Kosten des Passierens des Hindernisses (wo dies überhaupt möglich ist) und die Opportunitätskosten der gegebenenfalls notwendigen Umfahrung des Hindernisses bewertet werden. 2008 hatte das palästinensische Wirtschaftsministerium der IAA-Mission eine Liste von 11 „strategischen“ Kontrollstellen vorgelegt, die sich an besonders kritischen Zugangsstellen zum Westjordanland befanden und die Bewegungsfreiheit und den Handel stark behinderten. In diesem Jahr erkundigte sich die IAA-Mission bei OCHA nach dem aktuellen Status dieser Kontrollstellen. Zwei davon waren beseitigt worden, während bei weiteren fünf das Passieren erleichtert wurde, ihre Infrastruktur jedoch weiter bestehen bleibt. Vier der Kontrollstellen funktionieren weiterhin uneingeschränkt, was die Tatsache unterstreicht, dass trotz einiger Verbesserungen der Personen- und Güterverkehr innerhalb des Westjordanlands und damit auch die palästinensische Wirtschaftsentwicklung weiterhin behindert werden.

Übersicht 2.4. Strategische Kontrollstellen – aktueller Status

Name der Kontrollstelle	Distrikt	Status April 2010
1. Kontrollstelle Distrikt-Koordinationsamt, Stadt Qalqilya	Qalqilya	Teilbetrieb
2. Kontrollstelle Inab, Zufahrt Nablus	Nablus	Teilbetrieb, verbesserte Infrastruktur
3. Kontrollstelle Der Sharaf, Zufahrt Nablus	Nablus	Teilbetrieb
4. Kontrollstelle Huwwara, Zufahrt Nablus	Nablus	Teilbetrieb
5. Kontrollstelle Za'atara, Nablus/Ramallah	Nablus	Keine Veränderung, umfassende Kontrollstelle
6. Kontrollstelle Beit Iba, Nablus/Tulkarem/Jenin	Nablus	Beseitigt
7. Kontrollstelle Jabaa', Ramallah/Jericho	Ramallah	Keine Veränderung, umfassende Kontrollstelle
8. Kontrollstelle Al-Kuntainer, Zufahrt Bethlehem	Bethlehem	Keine Veränderung, umfassende Kontrollstelle
9. Kontrollstelle Al-Hamra, Jericho/Der Norden	Jericho	Keine Veränderung, umfassende Kontrollstelle
10. Kontrollstelle Al-Jisser, Stadt Hebron	Hebron	Beseitigt
11. Al-Fahs-Tor, zwischen Hebron/Tarqumiya	Hebron	Teilbetrieb

Anmerkung: Teilbetrieb = Infrastruktur bleibt, aber Kontrollstelle ist weniger häufig oder selten bemannt

39. Die Sperrmauer ist wohl das größte Hindernis für die Bewegungsfreiheit innerhalb des Westjordanlands⁶. Ihr vorgesehener Verlauf erstreckt sich über eine Gesamtlänge von 709 Kilometer, 85 Prozent davon werden innerhalb des Westjordanlands liegen. Bis Februar 2010 waren 58 Prozent der Sperrmauer fertiggestellt, weitere 10 Prozent befanden sich im Bau (OCHA, 2010a). Die Mission erfuhr von ihren Gesprächspartnern, dass sich die Bauarbeiten an der Mauer im vergangenen Jahr aufgrund fehlender Mittel erheblich verzögerten. Nach ihrer Fertigstellung werden sich etwa 9,5 Prozent des Westjordanlands, einschließlich Ostjerusalems, zwischen der Mauer und der Grünen Linie (der „Randzone“) befinden. Über 80 Prozent der israelischen Siedler werden in diesem Gebiet angesiedelt sein, während 35.000 Palästinenser in Sperrzonen leben und weitere 125.000 auf drei Seiten von der Mauer umschlossen sein werden.

40. Der palästinensische Zugang zu dem zwischen der Sperrmauer und der Grünen Linie gelegenen Land ist weiterhin einem äußerst restriktiven System von Genehmigungen unterworfen, das auch für die Einwohner dieser Gebiete gilt. Ostjerusalem wurde durch die Sperrmauer effektiv vom Rest des Westjordanlands abgeschnitten: alle Palästinenser, die nicht im Besitz eines Jerusalemer Personalausweises sind, benötigen eine Genehmigung, um durch eine der vier dafür bestimmten Passierstellen in der Mauer die Stadt zu betreten, während die Verbringung von Waren aus dem Westjordanland nach Ostjerusalem heute sehr stark eingeschränkt ist. An anderen Stellen entlang der Sperrmauer werden die Gemeinden zunehmend von großen Teilen ihres Agrarlands und ihrer Wasserressourcen abgeschnitten; seit Januar 2009 gibt es neue Bereiche in der „Randzone“ hinter der Sperrmauer im zentralen und südlichen Teil des Westjordanlands, für die palästinensische Landwirte jetzt „Besuchergenehmigung“ benötigen, um durch bestimmte Tore zu ihrem Land zu gelangen (OCHA 2009b).

41. Auch das Jordantal bleibt vom übrigen Westjordanland isoliert, zwar nicht durch eine Sperrmauer, aber durch ein System von Abriegelungen. Mit Ausnahme von Jericho liegt das Jordantal überwiegend in der Zone C, in der die israelischen Behörden weiterhin die volle militärische und zivile Hoheitsgewalt ausüben. Die Zone C umfasst 60 Prozent des Westjordanlands, einschließlich seiner größten Wasseradern und seines fruchtbarsten Ackerlands. In 70 Prozent dieses Gebiets, die als Sperr- oder Restriktionszonen mit verstreut liegenden israelischen Siedlungen gelten, ist jede palästinensische Bautätigkeit verboten. Die Palästinensische Behörde ist derzeit nicht in der Lage, in den in der Zone C gelegenen Ortschaften in wirksamer Weise Bildungs-, Gesundheits- und andere Dienste bereitzustellen. Bau- oder Entwicklungsgenehmigungen für die Zone C werden von den israelischen Behörden nur selten erteilt, dadurch wird die Produktions- und Absorptionskapazität der palästinensischen Wirtschaft stark behindert.

42. Nach Angaben der Weltbank stellen die fortgesetzten Einschränkungen palästinensischer Aktivitäten in der Zone C und die Ausweitung der Siedlungen weiterhin eine erhebliche Behinderung des Wirtschaftswachstums dar (Weltbank, 2010). Tatsächlich verfügt die Palästinensische Behörde seit langem über Entwicklungspläne für vier Industrieparks in Jalameh (Distrikt Jenin), Tarqumiyah (Distrikt Hebron), Jericho und Bethlehem, für die jeweils geeignete Bauflächen in der Nähe der Handelsübergänge nach Israel und Jordanien benötigt werden. Solche Flächen liegen vorwiegend in der Zone C, und die Erlangung von Genehmigungen für die Erschließung dieser Standorte und die damit verbundene Infrastruktur erforderte einen enorm zeitaufwändigen und bürokratischen

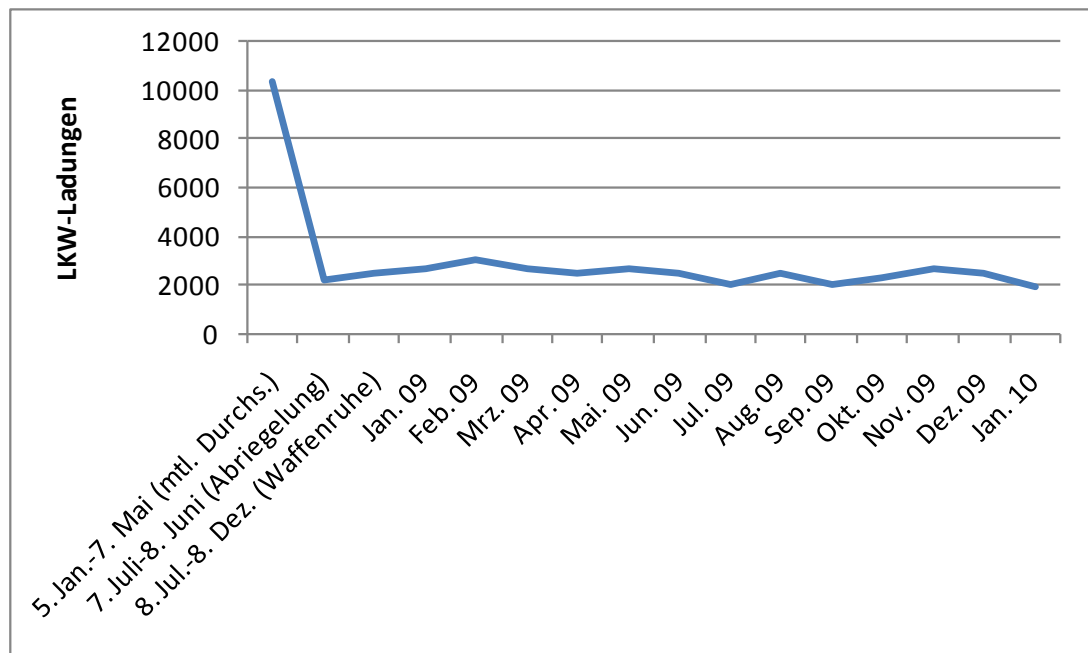
⁶ Im Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004 zur Sperrmauer wurde die sofortige Einstellung und Rückgängigmachung der Baumaßnahmen sowie eine Wiedergutmachung sämtlicher dadurch verursachter Schäden gefordert. Dies wurde anschließend von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in ihrer Resolution A/RES/ES-10/15 vom 20. Juli 2004 unterstützt.

Verhandlungsprozess, der noch nicht abgeschlossen ist. Der Mission wurde auch mitgeteilt, dass die Palästinensische Behörde zurzeit an einem umfangreichen Projekt zur Errichtung einer neuen Stadt in der Nähe von Ramallah, genannt Rawabi, arbeitet. Das für die Hauptzufahrtstraße zu dieser Stadt benötigte Land fällt in die Zone C, bisher wurde noch keine Baugenehmigung erteilt. Im Kontext der legitimen palästinensischen Bestrebungen, einen lebensfähigen Staat zu schaffen, ist der Zugang zu Landflächen in der Zone C für die palästinensische Industrie- und Agrarentwicklung absolut unerlässlich.

Verlust von Existenzgrundlagen und Auflösung der Sozialstruktur in Gaza

43. Über 15 Monate nach der Operation „Gegossenes Blei“ und fast drei Jahre nach der effektiven Machtübernahme durch die Hamas in Gaza im Juni 2007 ist das Gebiet weiterhin völlig abgeriegelt. Nach wie vor sind Existenzgrundlagen zerstört, während der private Sektor sich in einen „Industriefriedhof“ verwandelt hat. Tausende von Gebäuden, die während der israelischen Militäroperationen zerstört wurden – Häuser, Schulen, Krankenhäuser und Fabriken –, sind noch nicht wieder aufgebaut.

44. Während das Spektrum der Produkte, die mit Genehmigung der israelischen Behörden zu humanitären Zwecken nach Gaza eingeführt werden durften, sich bis Ende 2009 von 40 auf 72 erhöht hatte (PALTRADE, 2010), ist dies immer noch nur ein Bruchteil der 4.000 Güter, die vor der Blockade regelmäßig nach Gaza importiert wurden. Etwa 70 Prozent der zugelassenen Einfuhren sind Nahrungsmittel, während die Einfuhr der meisten Industrie-, Landwirtschafts- und Baumaterialien – die früher zu 95 Prozent über die Übergänge von Israel nach Gaza importiert wurden – verboten oder stark eingeschränkt wurde (OCHA, 2009a). Hinzu kommt, dass das Volumen der Importe, die zumeist durch den Übergang Kerem Shalom hereinkommen und lediglich 2000 bis 2500 LKW-Ladungen im Monat erreichen (siehe Abbildung 2.2), nur als dünnes Rinnsal bezeichnet werden kann, das völlig unzureichend ist, um die Bedürfnisse von 1,5 Millionen Palästinensern zu decken. Ausfuhren finden so gut wie überhaupt nicht statt, lediglich 20 LKW-Ladungen durften Gaza 2009 verlassen (PALTRADE, 2010). Diese Ausfuhren waren beschränkt auf 44 Tonnen Erdbeeren und 6,8 Millionen Nelken (COGAT, 2010). Das Ergebnis ist, dass die früher exportierten Agrarerzeugnisse den lokalen Markt überschwemmen, mit negativen Auswirkungen auf die Einkommen der Erzeuger.

Abbildung 2.2. Einfuhren nach Gaza: Durchschnittliche Anzahl der monatlichen LKW-Ladungen

Quelle: Paltrade, Gaza Strip Crossings Bi-Monthly Report, December 2009-January 2010.

45. Da die Einfuhr von Zement und den meisten anderen Rohmaterialien weiterhin verboten ist und die israelische Grenze für Arbeitskräfte aus Gaza geschlossen bleibt, ist der Bausektor, der früher rund die Hälfte des BIP Gazas erwirtschaftete und fast ein Viertel der Arbeitskräfte beschäftigte, besonders schwer betroffen. Heute entfallen auf das Baugewerbe weniger als 1 Prozent der Arbeitsplätze. Der Palästinensische Bauunternehmerverband informierte die Mission über eine zunehmende Abwanderung von Ingenieuren und Bauunternehmern aus Gaza, die zu einem Defizit an Fachkräften führt, das den Materialmangel weiter verschärft.

46. Seit Januar 2009 hindern die israelischen Streitkräfte Palästinenser daran, jenseits der Grenze von drei Seemeilen⁷ vor der Küste Gazas zu fischen, was die Fangmengen, die zuvor meistens aus weiter entfernten, tieferen Gewässern stammten, erheblich beschränkt. Dies führte zu einer Überfischung in den seichteren Gewässern und zu einer starken Abnahme der Fischbrutstätten, sodass sich die palästinensischen Fischer gezwungen sahen, zu Alternativstrategien zu greifen, wie etwa den Einsatz kleinerer Netze, um die innerhalb der Drei-Seemeilen-Grenze vorhandenen kleineren Fische zu fangen (OCHA, 2009a). Früher waren in diesem Sektor, auf den vier Prozent des BIP entfielen, 3.000 Fischer beschäftigt (IAA, 2007), aber für viele ist die Situation unhaltbar geworden und sie sehen sich gezwungen, die Fischerei aufzugeben und nach anderen Erwerbsmöglichkeiten zu suchen.

47. Die weiter andauernde Blockade überfordert die Bewältigungsmechanismen und treibt die Einwohner von Gaza in den Untergrund. Die einzige Wirtschaftstätigkeit, die heute wirklich floriert, ist mit der illegalen Tunnelwirtschaft verbunden. Es wird geschätzt, dass heute 400 bis 600 Tunnel unter der Grenze zu Ägypten betrieben werden, weitgehend reguliert durch die Behörden der Hamas, für die sie offenbar eine wertvolle

⁷ Seit Oktober 2006 beschränkten die israelischen Streitkräfte die Fischerei strikt auf sechs Seemeilen vor der Küste Gazas. Dies stellte bereits eine Halbierung der 12-Seemeilen-Grenze dar, die im Bertini-Abkommen von 2002 ausgehandelt worden war, während die Abkommen von Oslo von 1995 Palästinensern Fischereirechte bis zu 20 Seemeilen vor der Küste Gazas eingeräumt hatten.

Einkommensquelle sind. Diese Tunnel ermöglichen die Einfuhr aller Arten von Konsumgütern, von Lebensmitteln bis zu Gebrauchsgütern, Treibstoffen und sogar bestimmten Baumaterialien. Der Zement, der in begrenzten Mengen durch die Tunnel hereinkommt, ist jedoch wegen schlechterer Qualität nicht für stabile Baustrukturen geeignet und wird zu überhöhten Preisen verkauft, so dass dadurch keine Wiederaufnahme der Bautätigkeit ausgelöst wurde. Die größeren Tunnel sind angeblich sogar an das Stromnetz von Rafah angeschlossen und mit Förderbändern für den Transport ganzer Container ausgestattet.

48. Daten über die Tunnel sind nicht ohne weiteres erhältlich. Es wird jedoch angenommen, dass bis zu 20.000 Menschen in den Tunneln und der damit verbundenen Wirtschaft beschäftigt sind, viele davon unter gefährlichen Bedingungen, ohne Schutzausrüstung und schlecht bezahlt. Kinderarbeit soll in den Tunneln weit verbreitet sein. Da es an anderen produktiven Beschäftigungsmöglichkeiten in Gaza fehlt, wenden sich selbst Hochschulabsolventen der Tunnelwirtschaft zu, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Während die Industrie weiter in Ruinen liegt und die Mehrheit der palästinensischen Familien in Gaza von Hilfe abhängig bleibt, stammt das einzige Wirtschaftswachstum aus den illegalen kommerziellen Aktivitäten im Zusammenhang mit den Tunneln. Sie dienen als kommerzielle Lebensader angesichts des Belagerungszustands, aber auf Kosten des rechtmäßigen Privatsektors. Dies trägt zu einer Auflösung der Sozialstruktur in Gaza bei.

3. Arbeitnehmerrechte und Menschenwürde

Recht auf menschenwürdige Arbeit noch nicht verwirklicht

49. Die in Kapitel 2 beschriebene trostlose wirtschaftliche, soziale und humanitäre Situation im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalems, und in Gaza schafft ein Umfeld, in dem die Rechte und die Menschenwürde der Arbeitnehmer gefährdet sind. Der öffentliche Sektor ist am Ende seiner Aufnahmekapazität angelangt, während der private Sektor nicht in der Lage ist, ausreichend Arbeitsplätze für die wachsende und zunehmend jüngere palästinensische Erwerbsbevölkerung zu schaffen, in einer Situation, in der das Wirtschaftswachstum weiterhin behindert wird. Aus Mangel an anderen Möglichkeiten sehen sich viele Palästinenser gezwungen, Arbeit in der informellen Wirtschaft zu suchen, häufig um den Preis prekärer Arbeitsbedingungen und eines unzureichenden Arbeitsschutzes. Hohe Armutsraten sind ein Hinweis darauf, dass menschenwürdige Arbeit für alle ein weit entferntes Ziel bleibt.

50. Vor der Erörterung verschiedener konkreter Probleme, die für die andauernde Krise der Rechte und der Menschenwürde der Arbeitnehmer in dem besetzten palästinensischen Gebiet typisch sind, sollte daran erinnert werden, dass der Internationale Gerichtshof 2004 bekräftigte, dass Israel bei der Ausübung seiner Befugnisse als Besatzungsmacht an die Bestimmungen des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, namentlich diejenigen, die das Recht auf Arbeit und günstige Arbeitsbedingungen schützen (Artikel 6 und 7), des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie des Übereinkommens über die Rechte des Kindes gebunden ist. Nach dem humanitären Völkerrecht ist Israel gehalten, die Sicherheit und das Wohl des palästinensischen Volkes zu schützen. Alle IAO-Mitglieder sind verpflichtet, die in der Erklärung von 1998 über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit festgelegten Rechte und Grundsätze zu achten, sodass aller Arbeitnehmer sie wahrnehmen können.

Bewegungsfreiheit und Aufenthaltsrecht: Neue Unsicherheiten

51. Eine Vielzahl von durch die israelischen Militärgesetze verhängten Genehmigungsvorschriften dominiert das tägliche Leben der palästinensischen Bevölkerung. Palästinenser, die keinen von Israel genehmigten Aufenthaltsstatus in Jerusalem haben, benötigen Genehmigungen für die Einreise in das besetzte Ostjerusalem, die Aus- und Einreise nach Gaza, den Zugang zu ihrem eigenen Land in der Randzone oder anderen „Sperrgebieten“ und den Zutritt zu israelischen Siedlungen. Die Vorschriften für die Erteilung von Genehmigungen können ohne Vorankündigung geändert werden, ihre Ausstellung kann verzögert oder ohne Begründung abgelehnt werden. Viele Beobachter teilen die Ansicht, dass das System unberechenbar und willkürlich arbeitet.

52. Zusammen mit dem ausgefeilten System von Abriegelungen durch Kontrollpunkte, Übergänge, ausschließlich Siedlern vorbehaltenen Straßen sowie Straßensperren stehen die Genehmigungen im Zentrum der israelischen Maßnahmen zur Fragmentierung des besetzten palästinensischen Gebiets, zur Einschränkung des Zugangs der Palästinenser zu ihrem Land, die letztlich zu seiner Beschlagnahme führen könnten, und zum Schutz der Siedlungen, die unter Verstoß gegen das Völkerrecht im Westjordanland errichtet wurden. Dieses System hat für die Palästinenser gravierende Auswirkungen auf die Aus-

übung ihrer Menschenrechte, namentlich der Bewegungsfreiheit, des Rechts auf Bildung und des Rechts auf Arbeit. Die Arbeitsplätze und die Bildungsmöglichkeiten, die von Palästinensern angestrebt werden können, sowie der Umfang der für sie zugänglichen kommerziellen Aktivitäten sind stark eingeschränkt; dies gilt besonders für die palästinensischen Frauen (Weltbank, 2010). Palästinenser, die in ihrem eigenen Land derartigen Restriktionen unterworfen sind, empfinden dies als diskriminierend und zutiefst demütigend.

53. Am 13. April 2010 traten zwei israelische Militärverordnungen (Nr. 1649 und 1650) in Kraft, die die für das Westjordanland geltende Verordnung Nr. 329 betreffend die Verhinderung der Infiltration änderten. Verordnung Nr. 1650 erweitert die Definition des Begriffs „Eindringling“, der jetzt definiert wird als „eine Person, die nach dem Datum des Inkrafttretens unrechtmäßig in das Gebiet einreist, bzw. eine Person, die sich in dem Gebiet aufhält und keine rechtmäßige Genehmigung besitzt“. Solche Personen können ohne richterliche Überprüfung binnen 72 Stunden ausgewiesen werden, obwohl die Verordnung Nr. 1649 auch vorsieht, dass der Militärkommandeur den Fall an einen Sonderausschuss überweisen kann, der die Ausweisungsanordnung überprüft.

54. Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen über die Menschenrechtssituation in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten äußerte sich besorgt darüber, dass diese neue Maßnahme dem humanitären Völkerrecht und Israels Verpflichtungen aus dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zuwider läuft (VN, 2010b). Menschenrechtsgruppen haben hervorgehoben, dass die Verordnung Nr. 1650, vor allem ihr Hinweis auf eine „Genehmigung“ ohne Nennung weiterer Einzelheiten, so breit gefasst ist, dass sie als rechtliche Grundlage dienen könnte, um praktisch jeden Palästinenser auszuweisen, der sich im Westjordanland aufhält. Es wird befürchtet, das Militär könnte die Verordnung vor allem für die Ausweisung von Palästinensern nutzen, die seit Jahren im Westjordanland leben, in deren Personalausweis jedoch eine Adresse in Gaza steht. Diese jüngste Entwicklung hat unter den Palästinensern ein hohes Maß an Verunsicherung und Angst ausgelöst, da sie sich fragen, in welcher Weise das israelische Militär dieses „Recht zur Ausweisung“ nutzen könnte (Haas, 2010) und welche Auswirkungen dies auf die palästinensischen Familien und ihre Existenzgrundlagen haben wird.

Verschlechterung der Arbeitnehmerrechte in Gaza

55. Bei ihrem Besuch in Gaza führte die Mission Gespräche mit führenden Vertretern der Handelskammer Gazas und mit einer Gruppe von Vertretern des Allgemeinen Gewerkschaftsbunds von Palästina (PGFTU). Die Arbeitnehmer wie auch die Arbeitgeber betonten die Notwendigkeit einer innerpalästinensischen Aussöhnung und äußerten die Hoffnung auf diesbezügliche Fortschritte. Die Mission war beeindruckt von der Entschlossenheit der IAO-Mitgliedsgruppen in Gaza, für die Grundsätze und Werte der IAO einzutreten, während sie gleichzeitig die schwierigen Bedingungen der dort herrschenden Krise bewältigen müssen. Es gibt Anlass zu großer Sorge, dass die de-facto-Behörden die Mitgliedsgruppen der IAO in Gaza unter Druck setzen und sich in ihre inneren Angelegenheiten einmischen, unter Missachtung des Grundsatzes der Vereinigungsfreiheit.

56. Die Tunnelwirtschaft in Gaza hat die aktuelle Menschenrechtskrise in diesem Teil des besetzten palästinensischen Gebiets noch verschärft. Es gibt zwar keine exakten Statistiken über mit den Tunneln zusammenhängende Vorfälle, aber Berichten zufolge wurden Hunderte Palästinenser, darunter auch Kinder, bei der Arbeit in den Tunneln getötet oder verletzt, als Ergebnis israelischer Luftangriffe, von Tunneleinbrüchen, des Einat-

mens giftiger Substanzen oder von Arbeitsunfällen. Bis März 2010 verzeichnete OCHA 75 Todesfälle und 139 Fälle von Verletzungen seit dem Krieg im Dezember und Januar 2008-09 (OCHA, 2010b). Die Gesprächspartner der Mission in Gaza berichteten über eine hohe Zahl von Toten und Verletzten.

57. Die Tunnelbetreiber setzen für ihren Bau und für den Transport von Gütern von der ägyptischen auf die palästinensische Seite in großem Umfang Kinder ein, deren geringe Körpergröße sie sich zu nutzen machen und denen sie nur ein geringes Entgelt bezahlen. Den von der Mission eingeholten Informationen zufolge haben die de-facto-Behörden bei der Bekämpfung dieser schlimmsten Form der Kinderarbeit versagt, während sie gleichzeitig Lizenz- und Stromgebühren von den Tunnelbetreibern kassieren. In den Medien waren dramatische Filmaufnahmen von der höchst gefährlichen Situation der Kinder von Gaza zu sehen, die in den Tunneln arbeiten und so zum Überleben ihrer Familien beitragen. Kinder stöbern auch nach Dingen, die sich verkaufen lassen, u.a. Rohmaterialien aus der beim israelischen Einmarsch im Januar 2009 zerstörten Infrastruktur, eine extrem gefährliche Tätigkeit.

Das besetzte Ostjerusalem: Diskriminierung und Vertreibung

58. Als Israel 1967 das Westjordanland besetzte und rund 70 Quadratkilometer annektierte, die in die von Israel definierten Stadtgrenzen von Jerusalem eingegliedert wurden, stellte der VN-Sicherheitsrat fest, dass alle legislativen und administrativen Maßnahmen und Handlungen Israels zur Änderung des geografischen, demografischen und historischen Charakters und Status keine Rechtsgültigkeit besitzen und zurückgenommen werden müssen (Resolutionen 476, 478). Die Errichtung und der Ausbau israelischer Siedlungen in Ostjerusalem stellen ebenso wie in jedem anderen Teil des besetzten palästinensischen Gebiets einen Verstoß gegen das Völkerrecht dar.

59. Ende 2008 gab es Schätzungen zufolge 195.000 israelische Siedler in Ostjerusalem. (OCHA, 2009c). Anfang 2008 entfielen rund 43 Prozent aller im besetzten Ostjerusalem lebenden Personen auf Wohnquartiere mit einer jüdischen Mehrheit, während 57 Prozent in Quartieren mit einer arabischen Mehrheit wohnten (Jerusalem Institute for Israel Studies, 2010).

60. Vor dem Hintergrund einer höheren Wachstumsrate der arabischen Bevölkerung innerhalb des von Israel definierten Stadtgebiets von Jerusalem hat Israel seine Anstrengungen verstärkt, die Zahl der in Ostjerusalem wohnenden Palästinenser zu reduzieren, mit einem Vorgehen, das weithin als Versuch gesehen wird, eine jüdische Mehrheit in der Stadt sicherzustellen. 2008 wurde 4.577 palästinensischen Einwohnern Ostjerusalems ihr Aufenthaltsstatus entzogen, weil sie mehr als sieben Jahre „außerhalb Israels“ gelebt hatten, d.h. in anderen Teilen des besetzten palästinensischen Gebiets oder im Ausland (Center for the Defence of the Individual – HaMoked, Dezember 2009). Die Zahl der 2008 aufgehobenen Aufenthaltsgenehmigungen betrug mehr als 50 Prozent aller seit 1967 verfüigten Aufhebungen. Israel behandelt also die im besetzten Ostjerusalem wohnenden Palästinenser in gleicher Weise wie Immigranten im Rahmen des Gesetzes über die Einreise nach Israel.

61. Rund 50.000 Palästinenser in Gemeinden, die innerhalb der israelischen Stadtgrenze liegen, aber durch die Sperrmauer von Ostjerusalem getrennt sind, werden weiterhin hinsichtlich der städtischen Versorgungsdienste vernachlässigt, obwohl sie zur Zahlung von Kommunalsteuern verpflichtet sind. Im Januar 2010 erklärte ein Beamter der israelischen Stadtverwaltung öffentlich, diese palästinensischen Wohnquartiere seien

„nicht länger ein Teil der Stadt“ (Hasson, 2010). Solche Aussagen bestätigen die von zahlreichen Beobachtern geäußerten Befürchtungen, dass die zweifache Wirkung der Sperrmauer, die einerseits die palästinensischen Kommunen von der Stadt trennt und andererseits jüdische Siedlungen im Westjordanland und große Landstücke für ihre künftige Entwicklung mit einschließt, letztlich auch dazu führen wird, dass Tausende Palästinenser ihren von Israel definierten Aufenthaltsstatus in Jerusalem verlieren werden. Sollte es dazu kommen, werden die betroffenen Palästinenser von dem besetzten Ostjerusalem abgeschnitten sein, mit allen daraus erwachsenden Konsequenzen für ihre Familienbeziehungen, den Zugang zu Bildung, Beschäftigung und Handel und den Zugang nach Jerusalem zu religiösen und kulturellen Zwecken.

Kasten 3.1 Frauenrechte im besetzten Ostjerusalem

Gesprächspartner der Mission, die sich für Frauenrechte in dem besetzten palästinensischen Gebiet einsetzen, verwiesen auf Beispiele israelischer Maßnahmen, die die Rechte der Frauen in Ostjerusalem beeinträchtigen:

Der Mangel an Baugenehmigungen für Palästinenser in Ostjerusalem hat eine Rückkehr zur Großfamilie bewirkt, sodass viele Menschen zusammengedrängt in überfüllten Häusern leben. Dies hat zur Zunahme der frühen Verheiratung von Mädchen geführt, die dann ihre Schul- und Berufsausbildung und somit die Chance auf eine künftige Beschäftigung aufgeben.

Die Sperrmauer hat wichtige palästinensische Universitäten von Ostjerusalem abgeschnitten. Palästinensische Frauen in Ostjerusalem haben also nur begrenzte Möglichkeiten, ihre Hochschulausbildung fortzusetzen, da die meisten Familien ihre Töchter nicht auf die andere Seite der Sperrmauer schicken wollen, in der Befürchtung, sie würden an den Kontrollstellen einer inakzeptablen Behandlung ausgesetzt.

Viele palästinensische Frauen, die mit palästinensischen Einwohnern Jerusalems verheiratet sind, stammen aus anderen Teilen des Westjordanlands. Nach israelischem Recht wird ihr Aufenthalt in der Stadt als illegal betrachtet. Es ist praktisch unmöglich für sie, eine israelische Aufenthaltsgenehmigung für Jerusalem zu erhalten, was bedeutet, dass sie sich wegen ihres „irregulären Status“ nicht um einen Arbeitsplatz in der Stadt bewerben können. Außerdem ist ihnen die Möglichkeit verwehrt, sich frei zwischen Ostjerusalem und anderen Teilen des Westjordanlands zu bewegen, sodass sie von ihren Familien isoliert sind.

Palästinensische Frauen mit Aufenthaltsstatus in Jerusalem, die mit einem Mann aus dem Westjordanland ohne diesen Status verheiratet sind, müssen sich entscheiden, ob sie Ostjerusalem verlassen und zu ihrem Ehemann ziehen wollen und damit Gefahr laufen, ihren Aufenthaltsstatus in Jerusalem zu verlieren, oder ob sie von ihrem Ehemann getrennt leben wollen.

62. Es gibt Anzeichen für zunehmende Diskriminierung und Ungleichheit beim Recht auf Bildung für Palästinenser in Ostjerusalem. Der sichtbarste Indikator hierfür ist der akute Mangel an Klassenräumen in arabischen Schulen. Die Vereinigung für bürgerliche Rechte in Israel und Ir-amin veröffentlichte im September 2009 eine Analyse, aus der hervorgeht, dass in Ostjerusalem über 1.000 Klassenräume für palästinensische Kinder fehlen⁸. Die vorhandenen Schulen sind in einem schlechten baulichen Zustand, die Qualität der Bildung, die sie den palästinensischen Kindern vermitteln, soll nicht sehr hoch sein, mit der Folge gravierender Defizite des Bildungsniveaus. Während sich die Regierung bei mehreren Gelegenheiten zum Bau neuer arabischer Schulen verpflichtet hat, wurde bisher zu wenig getan, um diese Pläne vor Ort zu verwirklichen. Als Ergebnis kann weniger als die Hälfte der palästinensischen Kinder im schulpflichtigen Alter eine öffentliche Schule besuchen, während andere kostspielige Privatschulen in Anspruch

⁸ www.acri.org.il/eng/, Seitenaufruf am 13. Mai 2010.

nehmen müssen. Schätzungen zufolge erhalten rund 5.500 Kinder überhaupt keine Schulbildung.

Arbeit in israelischen Siedlungen im Westjordanland ist zunehmend umstritten

63. Tausende von Palästinensern sehen zur Erzielung eines Einkommens keine andere Möglichkeit als die Arbeit in israelischen Siedlungen, die unter Verstoß gegen das Völkerrecht im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalems, errichtet wurden. Während der letzten Jahre ist die Zahl der mit Arbeitsgenehmigungen in den Siedlungen beschäftigten Palästinenser angestiegen, sie lag 2009 bei rund 22.200. Nach Schätzungen der palästinensischen Gewerkschaften und der für Arbeitnehmerrechte eintretenden nicht-staatlichen Organisation Kav LaOved gibt es wohl 10.000 weitere Palästinenser, die ohne Genehmigungen in den Siedlungen arbeiten. Palästinenser werden in den Siedlungen hauptsächlich in der Landwirtschaft, in Gewerbebetrieben und im Bauwesen eingesetzt oder von den israelischen Kommunalbehörden beschäftigt. Frauen arbeiten in der Regel vorwiegend in der Landwirtschaft oder im gewerblichen Bereich.

64. Das Interimsabkommen von 1995 schließt die Zone C, in der die Siedlungen liegen, von der legislativen Kompetenz der palästinensischen Institutionen aus und überträgt die dortige Sicherheits- und Verwaltungshoheit an Israel⁹. Das Palästinensische Arbeitsrecht von 2000 gilt daher nicht für die Arbeit in den israelischen Siedlungen, auch kann die Palästinensische Behörde keine Maßnahmen zum Schutz der in den Siedlungen beschäftigten Arbeitnehmer ergreifen.

65. Der Oberste Gerichtshof Israels entschied in einem Verfahren im Jahr 2007, dass auf Arbeitsverträge zwischen palästinensischen Arbeitnehmern und israelischen Arbeitgebern, die die Arbeit in israelischen Siedlungen betreffen, das israelische Arbeitsrecht, einschließlich des Mindestlohngesetzes, anzuwenden ist. Das Urteil scheint jedoch die Anwendung des jordanischen Rechts zuzulassen, falls dies von den Parteien so vereinbart wird.

66. Die Mission erhielt umfangreiche Informationen, einschließlich mündlicher Aussagen, über die Arbeitsbedingungen, die in der Praxis an Arbeitsstellen in den israelischen Siedlungen vorherrschen. Eine Einladung der Vertreter der israelischen Arbeitgeber zum Besuch einer Garnfabrik in der Industriezone in den israelischen Siedlungen Barkan nahm sie dankend an.

67. In der Fabrik, die die Mission in der Industriezone Barkan besuchte, wurde sie von der Geschäftsleitung über den Prozess der Einstellung palästinensischer Arbeitnehmer und die entsprechenden Sicherheitsverfahren unterrichtet und erhielt Gelegenheit, die Arbeitsstätte zu besichtigen. Das betreffende Unternehmen hat dem palästinensischen stellvertretenden Werksleiter die Rekrutierungskontakte mit palästinensischen Arbeitnehmern übertragen. Wenn das Unternehmen beschließt, einen palästinensischen Arbeitnehmer einzustellen, beantragt es bei den israelischen Behörden eine Arbeitsgenehmigung und einen Magnetstreifenausweis, die für den Zugang zur Siedlung benötigt werden. Sie werden von den Behörden nach einer gründlichen Sicherheitsüberprüfung ausgestellt. Die Genehmigung bindet den Arbeitnehmer an das Unternehmen und muss alle drei Monate erneuert werden. Die palästinensischen Arbeitnehmer sind befugt, sich während der auf der Genehmigung angegebenen Zeiten in der Industriezone aufzuhalten.

⁹ Israelisch-palästinensisches Interimsabkommen über das Westjordanland und den Gaza-Streifen, Washington, 18. September 1995.

Kasten 3.2
Die israelischen Industriezonen Barkan und Ariel im besetzten palästinensischen Gebiet

Die Industriezone Barkan ist eine von 20 Industriezonen, die Israel im besetzten palästinensischen Gebiet eingerichtet hat. Sie liegt innerhalb der Siedlung Barkan im Gebiet von Salfit, rund 10 Kilometer östlich der Grünen Linie. Die Siedlung wird durch die Sperrmauer an Israel angegliedert sein, falls diese entsprechend der gegenwärtigen Planung fertiggestellt wird. Sie ist von Israel aus leicht zu erreichen über eine vierspurige Autobahn, die für Palästinenser gesperrt ist. Die Industriezone Barkan beherbergt über 100 Firmen, die etwa 8.000 Arbeitnehmer beschäftigen, darunter schätzungsweise 4.000 Palästinenser. Die Industriezone in der nahegelegenen Siedlung Ariel wird zurzeit ausgebaut. Die israelischen Unternehmen in den Siedlungen erhalten Subventionen von der Regierung.

68. Die israelischen Arbeitgebervertreter wiesen darauf hin, dass die palästinensischen Arbeitnehmer in den israelischen Siedlungen im besetzten palästinensischen Gebiet hinsichtlich der Arbeitsbedingungen entsprechend dem israelischen Arbeitsrecht behandelt würden, auch was die Löhne anbelangt. Sowohl die israelischen Arbeitgebervertreter als auch die COGAT hoben hervor, dass bis zur Lösung der Siedlungsfrage als Teil des endgültigen Status im Rahmen eines künftigen Friedensabkommens die Arbeit in israelischen Unternehmen, sei es in Israel oder in den Siedlungen, eine Chance für die palästinensischen Arbeitnehmer bedeutet und gleichzeitig die palästinensische Wirtschaft voranbringt.

69. Die von palästinensischen Gewerkschaften und von israelischen und palästinensischen nichtstaatlichen Organisationen erhaltenen Informationen sowie die Aussagen der palästinensischen Arbeitnehmer selbst machten deutlich, dass es weiterhin zahlreiche Fälle von Verletzungen der Arbeitnehmerrechte und von missbräuchlichen und ausbeuterischen Praktiken gegenüber palästinensischen Arbeitnehmern in den Siedlungen gibt. In zahlreichen Fällen lassen die erhaltenen Informationen den Schluss zu, dass die den palästinensischen Arbeitnehmern gezahlten Löhne in der Praxis unter dem gesetzlichen Mindestlohn liegen. Die häufigsten Beschwerden betrafen die Nichtzahlung von Löhnen oder Überstundenentgelt, die Fälschung von Lohnzetteln oder Arbeitsgenehmigungen, die Nichtgewährung von Krankheit- oder Jahresurlaub, übermäßig lange tägliche Arbeitszeiten und zu geringe Pausen.

70. Die Einschaltung palästinensischer Vermittler – häufig als „Mittelsmänner“ bezeichnet – wirkt sich weiterhin nachteilig auf die Lage der palästinensischen Arbeitnehmer in den israelischen Siedlungen aus. Allerdings hat die Mission erfahren, dass sich die palästinensischen Gewerkschaften vor kurzem in dieser Frage an die Palästinensische Behörde gewandt haben. Die ohne Regulierung und Kontrolle tätigen Vermittler verlangen von den Arbeitnehmern hohe Gebühren, während die über sie eingestellten Arbeitnehmer in manchen Fällen nicht einmal einen Arbeitsvertrag erhalten. Häufig behalten die Vermittler die Arbeitsgenehmigungen ein und übernehmen die Bezahlung der Arbeitnehmer. Diese wissen dann möglicherweise gar nicht, wer ihr Arbeitgeber ist oder welchen Betrag er dem Vermittler bezahlt. In der Praxis besteht häufig keine klare Trennung zwischen den Zahlungen des Unternehmens an den Vermittler und den Löhnen der Arbeitnehmer.

71. Israelische Arbeitgeber des öffentlichen und des privaten Sektors in den Siedlungen im Westjordanland setzten Berichten zufolge palästinensische Arbeitnehmer unter Druck, auf Rechte zu verzichten, die ihnen nach den israelischen Gesetzen zustehen. Die

Kommunalverwaltung von Ma'aleh Adumim, einer großen Siedlung, in der mehr als 30.000 israelische Siedler leben, wendet auf der Grundlage einer solchen Verzichtserklärung das jordanische Recht auf rund 80 palästinensische Beschäftigte an, die dem Beduinenstamm der Jahleen angehören (Hasson, 2009). Ihnen wird somit eine Reihe von Rechten und Leistungen vorenthalten, die den israelischen Beschäftigten der Kommunalverwaltung zustehen. Es scheint auch eine erhebliche Zahl von Fällen zu geben, in denen Unternehmen, die vorwiegend palästinensische Arbeitnehmer beschäftigen, dazu übergegangen sind, die Arbeitsverträge zwischen ihren palästinensischen Vermittlern und den Arbeitnehmern abschließen zu lassen, in dem Versuch, die ihnen nach israelischem Arbeitsrecht obliegenden Verpflichtungen zu umgehen.

72. Abermals wurde die IAO auf das Problem des Arbeitsschutzes in den Unternehmen der Siedlungen aufmerksam gemacht. Kav LaOved hatte 2008 eine Erhebung durchgeführt, die 60 Fabriken mit rund 3.000 palästinensischen Beschäftigten in den Industriezonen von Barkan, Nitzanei Shalom, Alei Zahav, Karnei Shomron und Emanuel erfasste und eine weit verbreitete Missachtung grundlegender Sicherheitsstandards in den Arbeitsstätten feststellte. Offenbar haben die israelischen Behörden seither nichts Entscheidendes getan, um die Situation zu verbessern (Kav LaOved, 2009a). Männer und Frauen, die in den Siedlungen in der Landwirtschaft arbeiten, sind weiterhin Pestiziden ungeschützt ausgesetzt. Regelmäßig wird über Arbeitsunfälle in Dattelpflanzungen berichtet, die zu ernsthaften Verletzungen, dauerhafter Behinderung und zum Verlust von Existenzgrundlagen für ganze Familien führen.

73. Nach Angaben des israelischen Ministeriums für Industrie, Handel und Arbeit wurde die Verantwortung für die Durchsetzung des Arbeitsrechts in den israelischen Siedlungen im besetzten palästinensischen Gebiet an die Ministerialabteilung übertragen, die für die Arbeitsaufsicht in Bezug auf ausländische Arbeitnehmer zuständig ist (Kav LaOved, 2009b). Ein OECD-Bericht kam 2010 zu dem Schluss, dass die Durchsetzung des Arbeitsrechts in Israel generell unzureichend ist und die Arbeitsaufsicht über zu wenig Personal verfügt, während Verstöße gegen die Arbeitsgesetze offenbar weit verbreitet sind (OECD, 2010). Die Mission hat keinerlei Hinweise darauf erhalten, dass in israelischen Unternehmen, die im besetzten palästinensischen Gebiet palästinensische Arbeitnehmer beschäftigen, in der Praxis Inspektionen durchgeführt wurden.

74. Die Abhängigkeit der palästinensischen Arbeitnehmer wird noch verschärft durch die Tatsache, dass die Genehmigungen und Sicherheitsbescheinigungen, die sie an ihren Arbeitgeber binden, jederzeit widerrufen werden können, sowie durch die offensichtliche Abwesenheit jeglicher Arbeitsaufsicht. Diese Abhängigkeit veranlasst viele Palästinenser dazu, jegliche Bedingungen zu akzeptieren, um den Verlust ihres Arbeitsplatzes zu vermeiden. Arbeitnehmer ohne Genehmigungen sind noch schutzloser und der Gefahr von Missbräuchen besonderes stark ausgesetzt.

75. Dessen ungeachtet wurde die Mission über mehrere von den israelischen Gerichten bereits entschiedene oder dort noch anhängige Fälle informiert, bei denen in Siedlungen beschäftigte palästinensische Arbeitnehmer mit Hilfe des PGFTU und nichtstaatlicher Organisationen Einzel- oder Sammelklagen gegen ihre Arbeitgeber eingereicht haben. Es ist jedoch besorgniserregend, dass Urteile zugunsten von Arbeitnehmern zu Repressalien seitens der Unternehmen gegen sie geführt haben, bis hin zu Entlassungen. In anderen Fällen wurden die Gerichtsurteile (z. B. die Anordnung, das gesetzlich vorgeschriebene Lohnniveau einzuhalten) von den Arbeitgebern nicht befolgt.

76. Zwar gibt es Arbeitsstätten, die ihre Arbeitnehmer fair und korrekt behandeln, aber die in israelischen Siedlungen im besetzten palästinensischen Gebiet beschäftigten palästinensischen Arbeitnehmer sind auch weiterhin anfällig für Verletzungen der Arbeit-

nehmerrechte und Ausbeutung. Die Vielzahl der diesbezüglich erhaltenen Informationen legt nahe, dass solche Praktiken wohl weit verbreitet sind. Dieses Problem kann schwerlich isoliert angegangen werden, weil seine eigentlichen Ursachen in der Besatzung und der damit verbundenen Siedlungspolitik liegen, einschließlich der Einrichtung eines komplexen Rechtssystems, dessen vorrangiges Ziel es ist, den Bedürfnissen und Interessen der israelischen Bürger und Unternehmen im Westjordanland Rechnung zu tragen. Den palästinensischen Arbeitnehmern bleibt keine andere Wahl, als Klage bei den israelischen Gerichten einzureichen, was kostspielig und für die meisten von ihnen nicht durchführbar ist.

77. Die Palästinensische Behörde betrachtet die Beschäftigung palästinensischer Arbeitnehmer in israelischen Siedlungen zunehmend als inakzeptabel. Abgesehen von der völkerrechtlichen Illegalität der Siedlungen und der Gefahr der Verletzung von Arbeitnehmerrechten und Ausbeutung wird die Beschäftigung in den Siedlungen, auch wenn sie ein gewisses Einkommen bringt, als schädlich für die palästinensische Wirtschaft und als Hindernis für den im Gang befindlichen Aufbau eines palästinensischen Staates betrachtet. Der palästinensische Arbeitsminister erklärte, sein Ministerium habe die Förderung der Beschäftigung in israelischen Siedlungen eingestellt, bleibe jedoch weiterhin dabei, die Arbeit in Israel zu erleichtern. Als der Wirtschaftsminister die Mission empfangt, betonte er die Notwendigkeit, alternative Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, bevor irgendwelche Schritte ergriffen würden, um ein Arbeitsverbot für Palästinenser in israelischen Siedlungen durchzusetzen.

78. In der Zwischenzeit unterzeichnete Präsident Abbas am 26. April 2010 eine Verordnung, die den Handel mit in israelischen Siedlungen hergestellten Gütern (im Gegensatz zu in Israel hergestellten Produkten) verbietet. In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass auch der Europäische Gerichtshof im Februar 2010 eine Unterscheidung zwischen Produkten aus den Siedlungen und solchen aus Israel traf. Er stellte fest, dass Produkte, die an 1967 unter israelische Kontrolle gebrachten Orten hergestellt werden, nicht im Rahmen der Vorzugskonditionen des Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommens zwischen Israel und der Europäischen Gemeinschaft nach Europa importiert werden dürfen (Fall C-386/08, Urteil vom 25. Februar 2010).

Arbeit in Israel: Erfahrungen und Leiden palästinensischer Arbeitnehmer ohne gültige Papiere

79. Schätzungsweise 25.000 palästinensische Arbeitnehmer sind ohne die vorgeschriebenen Genehmigungen in Israel erwerbstätig (OECD, 2010). Zurzeit werden diese Genehmigungen nur für Arbeitnehmer ausgestellt, die älter als 30 Jahre sind, verheiratet sind und Kinder haben.

80. Die Mission ist höchst beunruhigt über die ihr zugegangenen Aussagen palästinensischer Arbeitnehmer und Gewerkschaften und Informationen von Menschenrechtsorganisationen bezüglich der Erfahrungen und Leiden dieser palästinensischen Arbeitnehmer. Alle diese Aussagen haben eines gemeinsam: sie manifestieren eine tiefe Verzweiflung und ein tiefes Gefühl der Ungerechtigkeit und Demütigung bei den palästinensischen Männern und Frauen, die sich abkämpfen, um für ihre Familien ein absolutes Minimum an Existenzgrundlagen sicherzustellen.

81. Besonders schwierig ist die Lage der palästinensischen Arbeitnehmer, die versuchen, ohne Arbeitsgenehmigung nach Israel zu gelangen, sei es an Stellen, an denen die Sperrmauer noch nicht fertiggebaut ist, oder durch Versuche, mit unterschiedlichen

Methoden durch die Sperrmauer zu gelangen bzw. Abmachungen zu treffen, um sich durch Kontrollpunkte und Übergänge schmuggeln zu lassen. In allen diesen Fällen laufen sie ständig Gefahr, von den israelischen Sicherheitskräften aufgegriffen zu werden. Ein palästinensischer Arbeitnehmer beschrieb gegenüber der Mission, wie er von den israelischen Sicherheitskräften brutal zusammengeschlagen wurde, als sie entdeckten, dass er in einem völlig überfüllten Fahrzeug zusammen mit anderen palästinensischen Arbeitnehmern nach Israel eingeschmuggelt werden sollte. Wegen des Risikos, bei solchen Versuchen gefasst zu werden, bleiben viele palästinensische Arbeitnehmer über längere Zeit in Israel, oft schlafen sie unter freiem Himmel. Angesichts ihrer irregulären Situation werden sie besonders häufig Opfer von Arbeitsausbeutung und Misshandlung, ohne jede Möglichkeit, Beschwerde einzulegen.

82. Das ganze Jahr 2009 hindurch zeichnete die Menschenrechtsorganisation Al-Haq Dutzende von Zeugenaussagen über Misshandlungen und Demütigungen festgenommener palästinensischer Arbeitnehmer, den unrechtmäßigen Gebrauch von Schusswaffen durch die Sicherheitskräfte, stundenlange willkürliche Inhaftierungen und schwere Brutalität und Folter auf (Al-Haq, 2010). Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem sammelte und veröffentlichte ihrerseits Berichte darüber, wie palästinensische Arbeitnehmer, die versuchten, nach Israel zu gelangen, durch die israelischen Sicherheitskräfte geschlagen und misshandelt wurden. In einer im November 2009 gestarteten Kampagne gegen solche Gewalttaten stellte B'Tselem fest: „Gewalt gegen Palästinenser gehört seit einiger Zeit zur Standardpraxis der Sicherheitskräfte; es handelt sich nicht um Einzelfälle, wie von Israel häufig dargestellt“ (B'Tselem, 2009).

Verbesserung der Einreise regulärer Arbeitskräfte nach Israel

83. Die IAO hat immer die Ansicht vertreten, dass palästinensische Arbeitnehmer die Möglichkeit des legalen Zugangs zum israelischen Arbeitsmarkt erhalten sollten. Palästinensische Arbeitnehmer mit gültigen Papieren sind angesichts ihrer geregelten Situation besser in der Lage, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen, aber dennoch sind sie Härten und der Gefahr von Ausbeutung ausgesetzt. Es ist daher außerordentlich wichtig, dass die Modalitäten und Mechanismen für den Grenzübertritt palästinensischer Arbeitnehmer zwischen beiden Seiten sorgfältig abgestimmt werden und gebührend darauf geachtet wird, die Risikoanfälligkeit der legal in Israel arbeitenden Palästinenser zu begrenzen.

84. Die palästinensischen Arbeitnehmer in Israel sind ebenso wie ihre Kollegen in den israelischen Siedlungen im Westjordanland für Ausbeutung anfällig, weil ihre Genehmigungen an einen bestimmten Arbeitgeber gebunden sind und alle drei Monate erneuert werden müssen. Aus den der Mission übermittelten Informationen geht hervor, dass sich verschiedene Probleme und Praktiken nachteilig für diese palästinensischen Arbeitnehmer auswirken, wie etwa die Praxis israelischer Unternehmen, von den Arbeitnehmern Gebühren für ihre Arbeitsgenehmigungen zu verlangen, oder auch der Entzug der Genehmigungen und Sicherheitsbescheinigungen ohne Begründung sowie Versuche der israelischen Behörden, die palästinensischen Arbeitnehmer als Gegenleistung für den Zugang zum israelischen Arbeitsmarkt zur Kollaboration zu zwingen. Palästinensische Arbeitnehmer und Gewerkschaften verwiesen auf die harschen Bedingungen an den überfüllten Kontrollpunkten, wo die Arbeitnehmer sich täglich schon ab 2 Uhr morgens anstellen müssen, um rechtzeitig zu ihren Arbeitsplätzen in Israel zu gelangen.

Gewalttaten von Siedlern im Westjordanland

85. Das Phänomen der von Siedlern ausgehenden Gewalttaten bleibt eine ernste Bedrohung für das Leben, die Sicherheit und die Existenzgrundlagen der im Westjordanland lebenden Palästinenser. OCHA verzeichnet weiterhin Vorfälle von Gewalthandlungen israelischer Siedler gegen Palästinenser und ihr Eigentum. Israelische Siedler reißen von Palästinensern gepflanzte Olivenbäume aus, hindern palästinensische Landwirte am Betreten und Bearbeiten ihres Landes und töten ihr Nutzvieh. OCHA registrierte 2009 insgesamt 252 Vorfälle, an denen Siedler beteiligt waren, verglichen mit 395 in 2008 und 243 in 2007 (OCHA, 2010a). Die höchste Durchschnittszahl solcher Vorfälle wurde in den ersten beiden Monaten 2010 verzeichnet (34 im Vergleich zu 15 im Jahr 2006).

86. Die Zahl der bei solchen Vorfällen getöteten Palästinenser nimmt ebenso zu wie die von Gruppen israelischer Siedler begangenen Gewalttaten (VN, 2009). Palästinensische Frauen, deren Ehemänner abwesend sind, sind durch Angriffe von Siedlern besonders gefährdet. Das Frauenzentrum für Rechtshilfe und Beratung hat Fälle von durch Siedler begangenen Gewalttaten dokumentiert und auf die gravierenden psychologischen Auswirkungen auf Frauen hingewiesen, von denen sich viele nicht mehr aus dem Haus trauen (Women's Centre for Legal Aid and Counselling, 2010).

87. Während in VN-Berichten anerkannt wurde, dass die israelischen Behörden bestimmte Schritte unternommen haben, um gegen dieses Problem vorzugehen, weist die Rechtsdurchsetzung nach wie vor Defizite auf. Im Mai 2009 bekundete der Ausschuss gegen Folter seine Besorgnis über den Anstieg dieser Gewalttaten, während er gleichzeitig seine Anerkennung über die Einsetzung eines speziellen interministeriellen Ausschusses zur Behandlung solcher Fälle äußerte. Der Ausschuss forderte die rasche und unparteiische Untersuchung jeder Misshandlung durch israelische Siedler (VN-Ausschuss gegen Folter, 2009). Der Einsatz israelischer Sicherheitskräfte zum Schutz palästinensischer Landwirte auf ihrem in der Nähe israelischer Siedlungen gelegenen Land während der Olivenernte hat die tätlichen Angriffe gegen sie verringert, aber nach OCHA-Angaben hat dies „kaum Auswirkungen auf das Ausmaß der Angriffe auf Sachwerte wie Olivenplantagen und ihre Erzeugnisse“ (OCHA, 2009d).

88. Ein vor kurzem von OCHA veröffentlichter Bericht gibt Aufschluss über eine gezielte Strategie der israelischen Siedler im Westjordanland (als „Preis“-Strategie bezeichnet). Sie besteht darin, dass jedes Mal, wenn die israelischen Behörden beschließen, Siedlungs-Außenposten zu beseitigen, die von Israel nach seinen Gesetzen und Verordnungen als illegal betrachtet werden, den palästinensischen Gemeinden ein „Preis“ abverlangt wird, in Form von gegen sie begangenen Gewalttaten (OCHA, 2009d). OCHA kommt zu dem Ergebnis, dass in einem Szenario umfangreicher Räumungen von Außenposten 248.000 Palästinenser, die in 83 Gemeinden leben, durch Gewalttaten von Siedlern gefährdet wären und geschützt werden müssten.

4. Syrische Arbeitnehmer im besetzten syrischen Golan

89. Rund 30.000 syrische Staatsbürger leben in fünf syrischen Dörfern im besetzten syrischen Golan. Die israelische Regierung ermutigt die israelischen Siedler aktiv zur Arbeit auf dem besetzten Land, das 1981 annektiert wurde, und gewährt ihnen Unterstützung. Gegenwärtig ist die Zahl der Siedler in etwa gleich hoch wie der Zahl der syrischen Staatsbürger.

90. Bei der Befassung mit der Lage der syrischen Staatsbürger im besetzten syrischen Golan sollte man sich vor Augen halten, dass die aufeinander folgenden Resolutionen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung der Vereinten Nationen stets die Auffassung vertreten haben, dass der Beschluss Israels von 1981, seine Gesetzgebung, seine Rechtsprechung und seine Verwaltung auf den syrischen Golan, den es seit 1967 besetzt hielt, anzuwenden, null und nichtig und ohne internationale rechtliche Wirkung ist.

91. Die VN-Generalversammlung hat Israel wiederholt aufgefordert, es zu unterlassen, den syrischen Staatsbürgern die israelische Staatsbürgerschaft und israelische Personalausweise aufzuzwingen (zuletzt in Resolution 64/95 vom 10. Dezember 2009). Die syrischen Staatsbürger bemühen sich darum, unter der israelischen Besatzung ihre syrische Identität beizubehalten, auch wenn die Regierung Israels durch die illegale Annexion des syrischen Golan das Ziel verfolgt, diesen völlig in die israelische Wirtschaft zu absorbieren. Die fortgesetzte israelische Siedlungspolitik im besetzten syrischen Golan, die gegen das Völkerrecht verstößt, und die mit ihr verbundenen Verfahren und Konsequenzen stellen das wichtigste Hindernis für die syrischen Staatsbürger und ihre Existenzgrundlagen in den verbleibenden fünf Dörfern dar.

92. Die syrische Regierung beschwert sich in ihrem jährlich vorgelegten Bericht „Die Lage der Arbeitnehmer in dem besetzten syrischen Golan 2009-10“ (Arabische Republik Syrien, April 2010) über israelische Praktiken wie z. B. „Veränderungen des physischen Charakters, der demografischen Zusammensetzung, der institutionellen Struktur und der Rechtsstellung des besetzten syrischen Golan, Errichtung von Siedlungen, Beschlagnahme von Grund und Boden, Kontrolle des Grundwassers, hohe Zwangsbesteuerung, Hinderung der Bürger an der Wahrnehmung von Eigentumsrechten und andere unmenschliche Praktiken, die einen flagranten Verstoß gegen die Menschenrechte und das Völkerrecht darstellen“.

93. Der Bericht stellt fest, dass die Landwirtschaft die wichtigste Einkommensquelle bildet, und er beklagt sich darüber, dass auf Grundeigentümer und landwirtschaftliche Arbeitskräfte Druck ausgeübt wird, damit sie ihr Land verlassen und anderswo in Israel Arbeit suchen. Nach Angaben des Berichts geschieht dies in Form hoher Steuern, Beschränkungen der Wassernutzung für Bewässerung und Beschädigung von Feldfrüchten und Bäumen.

94. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass die Regierung Israels, wie im Bericht des VN-Generalsekretärs von 2010 über die Menschenrechte im besetzten syrischen Golan erwähnt (Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, 2010), 2009 den Verkauf von 11 Bodenparzellen im Dorf Ain Quniya angekündigt haben soll, verknüpft mit der Bedingung, dass diejenigen Priorität erhalten, die in den Sicherheitskräften gedient haben und eine Empfehlung des israelischen Verteidigungsministeriums vorweisen können. Die syrische Regierung ist der Ansicht, dass dies die demografische Zusammensetzung des besetzten syrischen Golan verändern dürfte.

95. Der vorliegende Bericht hat in den letzten Jahren immer wieder auf die Diskriminierung syrisch-arabischer Arbeitnehmer und Grundeigentümer im besetzten syrischen Golan hingewiesen, sei es durch die Beschlagnahme ihres Grund und Bodens, das Ausreißen ihrer Bäume, die Einschränkung der Nutzung ihres Wassers und ihre Belastung durch höhere Preise im Vergleich zu den Siedlern. Der Mission wurde mitgeteilt, dass diese Praktiken weiterbestehen. Bei ihrem diesjährigen Besuch unterrichteten die syrischen Landwirte (Grundeigentümer, Erzeuger und Arbeitnehmer) die Mission über zwei Vorfälle im Sommer 2009 und zu Jahresbeginn 2010. Im ersten Fall kam es in Shams zu einem Konflikt, als es hieß, für den Ausbau der Siedlung Nimrod sei Grund und Boden beschlagnahmt worden. Ein weiterer Vorfall, über den die Landwirte berichteten, betraf das Ausreißen von Bäumen auf 25 Dunums Land, mit 70 bis 80 Bäumen pro Dunum.

96. Landwirtschaft ist nach wie vor die wichtigste Produktionstätigkeit. Sie ist nicht nur die Einkommensquelle für die Landwirte, sondern indirekt und durch Multiplikatoreffekte auch für das lokale Baugewerbe, den Handel, das Handwerk und den Dienstleistungsbereich. Die Landwirte erläuterten, dass die Errichtung einiger neuer Gebäude im letzten Jahr durch die guten landwirtschaftlichen Einnahmen im Zeitraum 2008-09 ermöglicht wurden. Es gibt jedoch keine sichtbaren Anzeichen für eine nennenswerte Modernisierung der lokalen Wirtschaft außer im Bereich der Erzeugung und Lagerung von Feldfrüchten. Infolgedessen fehlt es an lokalen Beschäftigungsmöglichkeiten und insbesondere an beruflichen Perspektiven für junge Menschen, einschließlich Hochschulabsolventen. Andererseits werden sich junge Frauen, die ihre syrische Identität wahren wollen, aufgrund der vorherrschenden gesellschaftlichen Normen nicht dafür entscheiden, anderswo eine Arbeit aufzunehmen.

97. In dieser Situation werden die lokalen Einkommen weitgehend durch die Marktnachfrage nach Äpfeln, dem wichtigsten Exporterzeugnis, und den Arbeitsmöglichkeiten in Israel mit den damit verbundenen Geldtransfers bestimmt. Da keine verlässlichen subregionalen Statistiken vorliegen, könnten zwei Gruppen von Indikatoren herangezogen werden, nämlich Mengen und Preise der angebauten Feldfrüchte, und Anzahl der syrischen Arbeitnehmer in Israel und ihre Geldtransfers in die Heimatdörfer. Der Mission wurde mitgeteilt, dass im Zeitraum 2009-10 die Zahl der in Israel arbeitenden syrischen Staatsbürger rückläufig war, möglicherweise aufgrund der geringeren Arbeitsangebote während der Wirtschaftskrise. Ob sie stärker betroffen waren als andere arabische Arbeitnehmer oder als die israelischen Arbeitnehmer, kann wegen fehlender Daten nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

98. Da die Apfelerzeugung stabil geblieben ist, hat ein vorteilhaftes Preisniveau zu einem positiven Ergebnis beigetragen. Es war erneut möglich, 8.000 Tonnen Äpfel erster Qualität durch den Kontrollpunkt Quneitra in die Arabische Republik Syrien zu transportieren, zu einem von der Regierung Syriens subventionierten Preis. Als Nebeneffekt reduzierte sich die Menge der auf dem israelischen Markt angebotenen Äpfel, sodass dort das Preisniveau gehalten werden konnte. In diesem Jahr wird mit einem Anstieg der in die Arabische Republik Syrien transportierten Apfelmengen auf 10.000 Tonnen gerechnet. Die Landwirte erwogen die Möglichkeit der Weiterverarbeitung von Äpfeln zweiter Wahl zu Saft, aber die verfügbaren Mengen waren nicht ausreichend, um die Rentabilität einer lokalen Produktionseinrichtung sicherzustellen. Die Landwirte erwarten von der syrischen Regierung Unterstützung für Transport und Verarbeitung.

99. Um seine Staatsbürger im besetzten syrischen Golan zu unterstützen, hat die syrische Regierung neue Rechtsvorschriften erlassen, die syrischen Staatsbürgern, die von den israelischen Behörden „wegen ihres Festhaltens an der syrischen nationalen Identität und dem syrischen „Heimatland“ entlassen wurden, eine Lohnfortzahlung gewährt

(Rechtsverordnung Nr. 17 vom 14. Februar 2010). Beschäftigte des syrischen öffentlichen Sektors sollen als im Dienst befindlich betrachtet und entsprechend bezahlt werden, wenn sie in den besetzten Golan zurückkehren. Informationen über die Umsetzung dieser Verordnung sind bislang nicht verfügbar.

Abschließende Bemerkungen

100. Die Besatzung und der strikt abgeriegelte Übergang in die Arabische Republik Syrien bilden die wichtigsten Hindernisse für die wirtschaftliche Entwicklung und die Normalisierung der Sozialstruktur im besetzten syrischen Golan. Syrische Staatsbürger, die ihre syrisch-arabische Identität aufrechterhalten wollen, sehen sich mit Schwierigkeiten und höchst eingeschränkten Aussichten auf die Erzielung eines angemessenen Lebensunterhalts konfrontiert. Die VN-Generalversammlung hat Israel mehrfach aufgefordert, es zu unterlassen, den syrischen Staatsbürgern die israelische Staatsbürgerschaft aufzuzwingen. Die Regierung Syriens ersucht die internationale Gemeinschaft, sich verstärkt darum zu bemühen, dass die Besatzung beendet wird und die syrischen Arbeitnehmer eine Chance auf menschenwürdige Arbeit erhalten.

101. In den letzten Jahren hat die Regierung Syriens wiederholt um technische Zusammenarbeit zur Unterstützung der syrischen Arbeitnehmer im besetzten syrischen Golan ersucht.

5. Staatenbildung trotz Besatzung

102. Das Programm der Dreizehnten Regierung (PNA, 2009) gibt die Agenda für die Schaffung des palästinensischen Staates für die nächsten zwei Jahre vor. Es verfolgt das ehrgeizige Ziel, „die Institutionen eines freien, demokratischen und stabilen Staates Palästina aufzubauen, der die Grundsätze der Menschenrechte und der Gleichheit vor dem Gesetz einhält, ohne jede wie auch immer begründete Diskriminierung“. Es will das palästinensische Volk und die internationale Gemeinschaft vereinen hinter seiner Vision der Schaffung des Staates Palästina in einem festen Zeitrahmen. Angesichts der Besatzung erscheint das Programm in friedfertiger Weise mutig, zugleich aber auch verletzlich. In der Einführung dazu heißt es: „Für das Zeitfenster zur Herbeiführung einer tragfähigen Zweistaatenlösung stellt die israelische Siedlungspolitik heute eine tödliche Bedrohung dar.“ Dies trifft auch noch zu, wenn die Internationale Arbeitskonferenz im Juni 2010 zu ihrer 99. Tagung zusammentritt.

Breite internationale Unterstützung

103. Die Agenda für die Schaffung des Staates hat bei der internationalen Gemeinschaft breite Unterstützung gefunden. In seiner Erklärung vom 19. März 2010 stellte sich das Nahost-Quartett uneingeschränkt hinter das Programm, „durch das sich die Leistung der Palästinensischen Behörde im Hinblick auf mehr Sicherheit, Recht und Ordnung und höheres Wirtschaftswachstum erheblich verbessert hat“ (VN, 2010a). Ähnlich äußerte sich das Büro des VN-Sonderkoordinators für den Nahost-Friedensprozess, das in einem Beitrag zu dem Treffen des Ad-Hoc-Verbindungsausschusses in Madrid am 13. April 2010 betonte, „wie außerordentlich wichtig es ist, dass die internationale Gemeinschaft die Bemühungen um die Schaffung eines Staates auch künftig unterstützt“ (UNSCO, 2010). Der positiven Einschätzung der Fortschritte bei der Umsetzung des Programms der Dreizehnten Regierung in Strategien und messbare Programme, zu der das Büro des Sonderkoordinators gelangt war, schlossen sich auch die Weltbank und der Internationale Währungsfonds an (Weltbank, 2010; IMF, 2010). Schon im September 2009 urteilte die Weltbank: „Unter der Annahme, dass die Palästinensische Behörde ihre Leistungen beim Aufbau der Institutionen und der Bereitstellung öffentlicher Dienste aufrechterhält, ... ist sie für die Schaffung eines palästinensischen Staates in naher Zukunft gut positioniert“ (Weltbank, 2010).

104. Die internationale Gemeinschaft ist besorgt über die Tragfähigkeit der Haushaltslage der Palästinensischen Behörde; sie fordert die Regierung Israels nachdrücklich auf, die wirtschaftlichen Einschränkungen im Westjordanland und in Gaza zu lockern, die Erschließung des Wirtschaftspotenzials der Zone C zu ermöglichen und die wirtschaftlichen Verbindungen mit Ostjerusalem zu liberalisieren (Weltbank, 2010). Das Quartett hat alle Staaten in der Region und die internationale Gemeinschaft insgesamt aufgefordert, es dem palästinensischen Engagement für die Staatenbildung gleich zu tun und diese ihrerseits konkret, rasch und nachhaltig zu unterstützen. Zweifellos wird dieses Engagement auch weiterhin wichtig sein, gleich wie lange der wirtschaftliche Rehabilitationsprozess nach Beendigung der Besatzung dauern wird.

105. Zu den sektoralen Prioritäten, Politiken und Vorhaben des Programms der Dreizehnten Regierung gehören Verwaltungsführung, soziale und wirtschaftliche Fragen und Infrastruktur. Auf dem Gebiet der Arbeits- und Sozialpolitik wird eine Straffung angestrebt, mit dem Ziel, die Widerstandsfähigkeit des palästinensischen Volkes zu stärken, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung durch das Wachstum des privaten Sektors

zu festigen und die entsprechenden institutionellen Kapazitäten der Palästinensischen Behörde auszubauen.

Eine Strategie für den Arbeitssektor

106. Im Februar 2010 veröffentlichte das Arbeitsministerium eine „Strategie zur Entwicklung des Arbeitssektors in Palästina“ (PNA, 2010a), die das Programm der Dreizehnten Regierung ergänzt und weiter ausführt. Sie bewertet zunächst die vorhandenen Defizite, namentlich das Versagen der bestehenden Strukturen in Bezug auf öffentliche Dienstleistungen, die Lenkung der nationalen Maßnahmen und die Koordinierung der externen Unterstützung im Arbeitssektor, die Präsenz einer Vielzahl von Regierungsstellen und sich überschneidenden Programmen, das Fehlen einer nationalen Beschäftigungsstrategie, die mangelnde Verknüpfung zwischen Berufsausbildung und Beschäftigung und die Notwendigkeit einer stärkeren Rolle des Privatsektors und der Sozialpartner in diesem Prozess. Die Strategie führt sechs Prioritäten auf:

- **Priorität 1: Schaffung eines geeigneten Umfelds zur Förderung von Chancen für menschenwürdige Arbeit**
 Erforderliche Interventionen: Ausarbeitung einer nationalen Beschäftigungsstrategie, Einrichtung einer staatlichen Arbeitsvermittlungagentur, Unterstützung des palästinensischen Fonds für Beschäftigung und Sozialschutz und Aktualisierung des Arbeitsmarktinformationssystems.
- **Priorität 2: Ausbau der Berufsausbildung**
 Erforderliche Interventionen: Überarbeitung der nationalen Strategie für Berufs- und Fachausbildung und Aktivierung ihrer Exekutivgremien, Schaffung einer staatlichen Agentur für Berufsaus- und -fortbildung, Anwendung der arabischen Standardklassifikation der Berufe, Verabschiedung entsprechender rechtlicher Rahmenbedingungen und Einrichtung eines Fonds für Berufsaus- und -fortbildung.
- **Priorität 3: Förderung des Genossenschaftssektors**
 Erforderliche Interventionen: Verabschiedung eines palästinensischen Genossenschaftsgesetzes, Aufbau einer allgemeinen Agentur zur Organisation der Genossenschaftsarbeit, Gründung einer Bank zur Finanzierung von Genossenschaften.
- **Priorität 4: Verbesserung der Arbeitsbedingungen**
 Erforderliche Interventionen: Einrichtung einer nationalen Agentur für Arbeitsschutz, Organisation und Stärkung der Arbeitsaufsicht und Umsetzung der Arbeitsschutznormen.
- **Priorität 5: Konsultationen und wirksamer Sozialdialog**
 Erforderliche Interventionen: Erlass eines Gesetzes zur Regulierung der Gewerkschaften, Stärkung der Rolle der Sozialpartner bei der Steuerung des Arbeitsmarkts, Förderung des Kollektivverhandlungssystems und Kapazitätsaufbauprogramm für die Verbände der Sozialpartner.
- **Priorität 6: Stärkung der regionalen und internationalen Zusammenarbeit**
 Erforderliche Interventionen: Erlass der entsprechenden Rechtsvorschriften und Schaffung institutioneller Strukturen zur Unterstützung der arabischen

und internationalen Zusammenarbeit und zur Weiterverfolgung der Beschäftigung von Palästinensern im Ausland.

107. Die Geschlechtergleichstellung soll in der Strategie durchgängig berücksichtigt werden.

108. Aus diesen Prioritäten geht hervor, dass das Programm für den Arbeitssektor die Schaffung spezialisierter, unabhängiger, halbstaatlicher nationaler Agenturen für die Politikdurchführung und die Bereitstellung von Dienstleistungen vorsieht. Es strebt eine Stärkung der rechtlichen Rahmenbedingungen an, in Ergänzung des palästinensischen Arbeitsgesetzes aus dem Jahr 2000. Dementsprechend müssen die Dienstleistungen des Arbeitsministeriums an diese Agenturen delegiert werden. Die Neugliederung der Strukturen und der Aufbau neuer Institutionen erfordern die Ausarbeitung eines umfassenden Kapazitätsaufbauprogramms, an dem die IAO in Zusammenarbeit mit dem UNDP beteiligt ist.

109. Da die Strategie für den Arbeitssektor ein integraler Bestandteil des Programms der Dreizehnten Regierung ist, muss die generelle Berücksichtigung der Beschäftigung ein Grundsatz sein, der in alle Regierungsmaßnahmen zur Förderung des Wachstums des privaten Sektors einfließt. Beschäftigung darf nicht als Nebenprodukt gesehen werden, sondern muss im Brennpunkt einer Strategie stehen, „die sich auf eine florierende Wirtschaft, menschenwürdige Arbeit und gute Regierungs- und Verwaltungsführung stützt“ (PNA, 2010b).

Kommunale Selbstverwaltung

110. Die Gründung und Entwicklung lokaler Unternehmen setzt ein förderliches und befähigendes Umfeld voraus. Deshalb müssen günstige Bedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen auf nationaler wie auf lokaler Ebene unterstützt werden. In dem Programm der Dreizehnten Regierung wird die wichtige Rolle betont, die den lokalen Gebietskörperschaften bei der Erbringung von Dienstleistungen zukommt: „Die Regierung ist entschlossen, die Kapazitäten der lokalen Gebietskörperschaften auszubauen, ihre Teilhabe am Entwicklungsprozess zu fördern und sie bei der Erlangung der finanziellen und administrativen Unabhängigkeit zu unterstützen. Auch wird die Regierung die Rechenschaftspflicht der Gebietskörperschaften durch den Aufbau von Aufsichtssystemen innerhalb der zuständigen Zentralinstitutionen fördern“ (PNA, 2009).

111. Der Palästinensische Reform- und Entwicklungsplan (PNA, 2007) brachte die Entschlossenheit der Palästinensischen Behörde zum Ausdruck, eine größere Bürgernähe zu verwirklichen. Dies muss jedoch in eine Strategie für kommunale Entwicklung eingebettet werden. 1993 sprang die Zahl der Gemeinden im Westjordanland und in Gaza von 30 auf 132; allerdings war diese Zunahme eher politisch als funktional bedingt (Weltbank, 2010). Die Vervielfachung lokaler Gebietskörperschaften und kleiner Gemeinden, denen es an ausreichenden Kapazitäten für wirksame und effiziente Dienstleistungen fehlt, gibt Anlass zur Sorge. Deshalb ist die Strategie für den Sektor der kommunalen Selbstverwaltung inzwischen Teil des Palästinensischen nationalen Plans 2011-13. Ihr Ziel ist die Schaffung gemeinsamer Dienstleistungseinrichtungen, die die Aufgabe haben, wirksame Dienste für kleine Ortschaften zu leisten, durch Zusammenlegung Synergiegruppen zu bilden, rechtliche Rahmenbedingungen bereitzustellen und den Kapazitätsaufbau der lokalen Gebietskörperschaften und die Dezentralisierung zu fördern, um so die Politikkoordination und Harmonisierung zwischen den verschiedenen Akteuren zu stärken und Doppelarbeit zu vermeiden (PNA, 2010b).

112. Aus einem Bericht der Weltbank (Weltbank, 2010) geht hervor, dass den Gemeinden zwar 27 verschiedene Aufgabenbereiche übertragen sind, dass die meisten jedoch nur sechs Kerndienstleistungen erbringen: Müllabfuhr, Unterhalt des kommunalen Straßennetzes, Wasserversorgung, Unterhalt von Landstraßen, Unterhalt von Schulen und Straßenbeleuchtung. In dem Bericht heißt es weiter: „Dagegen wurde die rechtliche Zuständigkeit für Dienstleistungen mit weitreichenden sozialen Auswirkungen wie Bildungs-, Gesundheits- und soziale Dienste sowie für Dienstleistungen mit direkten lokalen Auswirkungen nicht an die Gemeinden übertragen“. Die von der Palästinensischen Behörde geplante Reform der Aufgabenverteilung ist offensichtlich notwendig, um das Wachstum der lokalen Beschäftigungsmöglichkeiten zu fördern, indem hochwertige Dienstleistungen zur Unterstützung von Initiativen des Privatsektors und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmer und ihrer Familien am Arbeitsplatz und zu Hause bereitgestellt werden.

113. Die Standorte der Zweigstellen der in der Strategie für den Arbeitssektor vorgesehenen neuen nationalen Agenturen müssen mit der funktionalen Reform der kommunalen Selbstverwaltung abgestimmt werden. Der Gouverneur der Palästinensischen Währungsbehörde berichtete der Mission über ein augenfälliges Beispiel für die positiven indirekten und multiplizierenden Effekte der dezentralisierten Konzentration von Dienstleistungen: Nachdem in mehreren größeren Gemeinden Bankfilialen eröffnet wurden, entwickelten sich in deren Nachbarschaft vielfältige privatwirtschaftliche Aktivitäten.

114. Hebron liefert ein Beispiel für eine Stadt, die sich darum bemüht, ihre urbane Entwicklung zu planen und zu gestalten. Eine illegale israelische Siedlung teilt die Stadt in zwei getrennte administrative Einheiten. Ein engagierter Bürgermeister und sein Team sind dabei, der Stadt ein menschliches Antlitz zu geben, indem sie ein breites Spektrum von Diensten bereitstellt, insbesondere Strom- und Wasserversorgung, Straßen, Kanalisation, Bauprojekte und Umweltinitiativen. Außerdem stellt die Stadtverwaltung Dienste für den Industrie- und Agrarsektor sowie Dienste im Bereich Kultur und Sport für alle Gesellschaftsschichten bereit“ (Hebron Municipality Achievements, 2010). Dies zeigt, was Frauen und Männer selbst unter schwierigen Bedingungen erreichen können.

115. Die Palästinensische Behörde hat sich auf die Gemeinwesenentwicklung konzentriert. „Mit umfassender Beteiligung der örtlichen Bevölkerung wurden 1.000 Projekte bereits abgeschlossen, für 2010 wird mit einer Zusage von 350 Millionen US-Dollar für weitere Projekte gerechnet“ (UNSCO, 2010). Auch hier wird die generelle Berücksichtigung der Beschäftigungseffekte von größter Bedeutung für die 1.000 neuen Projekte sein.

Arbeitnehmerrechte: Was erreicht wurde und was zu tun bleibt

116. Die Palästinensische Behörde hat ihre Entschlossenheit bekundet, die in den acht grundlegenden IAO-Übereinkommen verankerten Normen zu achten, u.a. die Vereinigungsfreiheit und die Anerkennung des Rechts zu Kollektivverhandlungen, die Beseitigung aller Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit, die effektive Abschaffung der Kinderarbeit und die Beseitigung von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Mit dem Arbeitsgesetz von 2000 hat die Palästinensische Behörde grundlegende rechtliche Rahmenbedingungen für den Schutz der Arbeitnehmerrechte geschaffen. Der darin vorgesehene dreigliedrige Ausschuss für Arbeitspolitik wurde eingesetzt und damit beauftragt, in Fragen der Arbeits- und Sozialpolitik eine führende Rolle zu übernehmen, gestützt auf Dreigliedrigkeit und sozialen Dialog.

117. Es ist ermutigend, dass die Strategie für den Arbeitssektor weitere Maßnahmen zur Festigung und Ergänzung des bestehenden Rechtsschutzes durch Arbeitsmarktreformen und ein verbessertes Arbeitsaufsichtssystem enthält. Tatsächlich könnte es keine bessere Vorbereitung auf die staatliche Souveränität in diesem Bereich geben als die Heranziehung der einschlägigen IAO-Normen und -Grundsätze zur Überprüfung der bestehenden Arbeitsgesetzgebung. Die geplante Verabschiedung eines Gesetzes zur Regulierung von Gewerkschaftsangelegenheiten ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die palästinensischen Arbeitnehmer in den vollen Genuss der Vereinigungsfreiheit kommen. Die kürzlich vorgenommene Einsetzung des Nationalen Ausschusses für die Beschäftigung von Frauen erfolgte genau zum richtigen Zeitpunkt. Er ist gut positioniert, um wichtige Beiträge zu der vorgesehenen Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen für die Förderung der Gleichstellung zu leisten, eine entscheidende Voraussetzung für die Überwindung der nach wie vor bestehenden Ungleichheiten auf dem palästinensischen Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft insgesamt.

Die IAO setzt sich ein: Übersicht über die technische Zusammenarbeit

118. Im Zeitraum 2009-10 wurde ein erweitertes Programm der technischen Zusammenarbeit der IAO für das besetzte palästinensische Gebiet durchgeführt, in Partnerschaft mit dem Arbeitsministerium der Palästinensischen Behörde, dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund von Palästina (PGFTU) und dem Verband der Palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA) sowie anderen wichtigen nationalen Organisationen und Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft.

119. Die Bereiche der Intervention der IAO, über die in diesem Kontext zu berichten ist, wurden mit den Prioritäten der genannten Strategie für den Arbeitssektor abgestimmt, für die die IAO technische Unterstützung leistet. Diese Intervention richtet sich auf die Stärkung der Arbeitsmarktverwaltung und -rechte, die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit durch Qualifizierung und lokale Wirtschaftsentwicklung, die Stärkung des Unternehmertums für das Wachstum des Privatsektors durch den Aufbau von Genossenschaften und Klein-, Klein- und mittleren Unternehmen, Sozialdialog und Sozialschutz, die generelle Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung und die wirtschaftliche Stärkung von Frauen.

Stärkung der Arbeitsmarktsteuerung und -rechte

120. Im Rahmen der Initiative für globale Kapazitätsentwicklung arbeitet die IAO in Kooperation mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) an einem Pilotprojekt für die Einrichtung einer technischen Beratungsstelle im Arbeitsministerium. Sie soll den Aufbau von Kapazitäten für Strategieentwicklung, Projektmanagement und Koordinierung der Geber unterstützen.

121. Die IAO unterstützt die Einrichtung einer Rechtsberatungsstelle beim PGFTU, die Beratungsdienste für palästinensische Arbeitnehmer anbieten soll, die früher bei israelischen Unternehmen beschäftigt waren oder es noch sind. Das Projekt, das im Mai 2010 anlaufen soll, verfolgt außerdem das Ziel, die personelle Kapazität der Rechtsabteilung des PGFTU zu stärken.

122. Um die Entwicklung des Privatsektors noch stärker zu fördern, ist die IAO eine Partnerschaft mit der Schwedischen Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit (SIDA) und dem FPCCIA eingegangen. In der Anlaufphase des Projekts soll zwischen den Mitgliedskammern und dem Privatsektor insgesamt ein Konsens über

Kapazitätsentwicklung, Dienstleistungsanforderungen und Wachstumsstrategie des FPCCIA erzielt werden. Besonders Gewicht soll auf die Unterstützung der Wirtschaft beim Aufbau kleiner und mittlerer Unternehmen gelegt werden.

Förderung der Beschäftigungsfähigkeit durch Qualifizierung und lokale Wirtschaftsentwicklung

123. In Partnerschaft mit den zuständigen Akteuren werden Reformen des Fach- und Berufsbildungs- und -fortbildungssystems unterstützt. Die Feststellungen und Empfehlungen der von der IAO unternommenen Bestandsaufnahme und Analyse der Kapazitätsdefizite dieses Sektors werden in die nationale Politik zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und Qualifizierung einfließen.

124. In Hebron wird das Sheikha-Fatima-Bent-Mubarak-Berufsbildungszentrum für Behinderte bei der Beschaffung von Geräten und der Schulung des Personals unterstützt werden.

Stärkung des Unternehmertums für das Wachstum des Privatsektors durch Genossenschaften und Kleinst-, Klein- und mittlere Unternehmen

125. Die IAO hat eine Reihe von Interventionen angeführt, z. B. eine Bewertung des palästinensischen Genossenschaftssektors und technische Unterstützung bei der Abfassung des vereinheitlichten Genossenschaftsgesetzes. Sie unterstützt auch die Einsetzung des Allgemeinen Ausschusses für die Regulierung der Genossenschaften als unabhängiges technisches Dienstleistungszentrum.

126. Unter der Führung des Wirtschaftsministeriums wird technische Hilfe für eine integrierte nationale Politik zur Förderung von Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmen bereitgestellt. Als ersten Schritt führte die IAO eine umfassende Bewertung der Bedingungen für den Aufbau solcher Unternehmen im besetzten palästinensischen Gebiet und für die Schaffung vermehrter und besserer Arbeitsmöglichkeiten für Frauen und Männer durch. Als Ergebnis wird die IAO im Mai 2010 der Palästinensischen Behörde einen entsprechenden nationalen Politikrahmen unterbreiten.

127. Ferner werden die Ministerien für Arbeit und für Hochschulbildung technische Hilfe erhalten, um unternehmerische Initiativen junger Frauen und Männer durch das „Know about Business“-Programm zu fördern.

Sozialdialog und Sozialschutz

128. Die IAO bemüht sich kontinuierlich um die Unterstützung ihrer Mitgliedsgruppen bei der Förderung der Dreigliedrigkeit und des sozialen Dialogs auf nationaler Ebene. Als Ergebnis des während des Arabischen Beschäftigungsforums (Beirut, Libanon, Oktober 2009) abgehaltenen Runden Tisches über die Neubelebung des palästinensischen dreigliedrigen Ausschusses unterstützte die IAO die Teilnahme der Mitglieder des Dreigliedrigen Ausschusses für Arbeitspolitik an einem Arbeitsseminar über die Förderung des sozialen Dialogs (Turin, Februar 2010). Eines der Ergebnisse ist die Erklärung von Turin, in der eine Vorstellung von der künftigen Arbeit und dem Vorgehen des Ausschusses entwickelt wird.

129. Derzeit wird im Westjordanland und in Gaza eine Bestandsaufnahme der Sozialen Sicherheit des palästinensischen Volkes durchgeführt. Dabei werden auch die Versicherungsansprüche der früher oder gegenwärtig in Israel beschäftigten Palästinenser erfasst. Daraus sollen Politikempfehlungen für Schwerpunktbereiche wie finanzielle Nachhaltigkeit, gesetzliche Rechte, Gleichbehandlung und Erfassungsbereich hervorgehen.

130. Die IAO unterstützt auch die nationalen Anstrengungen zur Förderung der Arbeitsaufsicht und des Arbeitsschutzes durch die Bereitstellung technischer Hilfe, einschließlich Ausbildungsmöglichkeiten für Arbeitsschutzmanagement im Bauwesen.

Generelle Berücksichtigung der Geschlechtergleichstellung

131. Zusammen mit dem VN-Landesteam beteiligt sich die IAO im Rahmen des spanischen Fonds für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele an einer Initiative für „Gleichstellung der Geschlechter und Befähigung zur Selbstbestimmung der Frau“, die die soziale, wirtschaftliche und politische Position der Frauen stärken soll. Das Programm zielt darauf ab, alle Formen der Gewalt gegen Frauen zu reduzieren, die Vertretung von Frauen und die Behandlung von Frauenthemen in Entscheidungsgremien zu erhöhen und die Chancengleichheit von Frauen in Bezug auf wirtschaftliche Teilhabe zu verbessern.

132. Jeweils im November werden dem Verwaltungsrat des IAA umfassende aktuelle Informationen über die technische Zusammenarbeit der IAO für die besetzten arabischen Gebiete vorgelegt (siehe: *Enhanced programme of technical cooperation for the occupied Arab territories*, GB.306/5, November 2009).

Abschließende Bemerkungen

133. Die Agenda für den Aufbau des künftigen palästinensischen Staates wird von der internationalen Gemeinschaft auf breiter Basis unterstützt. Die IAO teilt die Einschätzung des VN-Systems, des Quartetts und der Liga der arabischen Staaten, dass die Reformanstrengungen der Palästinensischen Behörde zu greifbaren Ergebnissen geführt haben. Die Fortschritte auf institutioneller Ebene bei der Herstellung von Rechtsstaatlichkeit und interner Sicherheit im Westjordanland haben zu einem moderaten, wenn auch noch nicht gefestigten Wirtschaftswachstum und entsprechender Schaffung von Arbeitsplätzen geführt. Diese Anstrengungen sollten weitergehen. Dafür bedarf es der nachdrücklichen Unterstützung durch abgestimmte Programme und Politiken der Geber und durch Förderung und Beratung mit dem Ziel, den Erfolg des Programms der Dreizehnten Regierung und des Palästinensischen nationalen Plans 2011-13, der den Palästinensischen Reform und Entwicklungsplan 2008-10 abgelöst hat, zu gewährleisten.

134. In Übereinstimmung mit der Einschätzung anderer internationaler Organisationen vertritt auch dieser Bericht die Ansicht, dass die Palästinensische Behörde jederzeit in naher Zukunft bereit sein wird, einen unabhängigen, demokratischen, zusammenhängenden und lebensfähigen Staat Palästina zu schaffen, der in Frieden und Sicherheit an der Seite Israels und aller anderen Nachbarn lebt. Es steht außer Zweifel, dass Fortschritte erzielt wurden. Das Motto des Programms der Dreizehnten Regierung „Beendigung der Besatzung, Schaffung des Staates“ ist eine zutreffende Beschreibung der notwendigen Voraussetzungen für menschenwürdige Arbeit in dem besetzten palästinensischen Gebiet.

135. Auf diesem Gebiet hat die IAO an der Ausarbeitung der Strategie für den Arbeitssektor mitgewirkt und wird auch weiterhin bei ihrer Durchführung behilflich sein. Weitere Unterstützung wird für das Wirtschaftsministerium bereitgestellt werden, um die Unternehmensentwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern, für das Ministerium für soziale Angelegenheiten, um die Sozialversicherungssysteme inklusiver zu gestalten und finanziell tragfähig zu machen, sowie für das Ministerium für Hochschulbildung, um die Berufsbildung an die neuen Bedürfnisse des künftigen Arbeitsmarkts anzupassen. Durch die Zusammenarbeit mit dem Planungsministerium und den

Ministerien für lokale Wirtschaftsentwicklung soll die generelle Berücksichtigung der Arbeitsplatzschaffung bei der Durchführung der im Palästinensischen nationalen Plan 2011-13 vorgesehenen Projekte gefördert werden. Besonderes Augenmerk gilt der Unterstützung der Sozialpartner und der Ausarbeitung des Rechtsrahmens für Sozialdialog und Dreigliedrigkeit in Übereinstimmung mit den IAO-Übereinkommen über Vereinigungsfreiheit und das Recht zu Kollektivverhandlungen. Die IAO unterstützt uneingeschränkt den Wunsch der palästinensischen Sozialpartnerorganisationen, sobald wie möglich wieder in Ostjerusalem vertreten zu sein.

136. Im Hinblick auf die produktive Eingliederung der rasch wachsenden palästinensischen Erwerbsbevölkerung muss der Schaffung produktiver Arbeitsplätze im Privatsektor im Rahmen des Palästinensischen nationalen Plans, der Wiederaufbau- und Entwicklungsmaßnahmen der internationalen Gemeinschaft und seitens der Israelischen Koordinationsstelle für Regierungstätigkeiten in den Gebieten eine noch höhere Priorität eingeräumt werden. Voraussetzungen dafür sind der palästinensische Zugang zu Grund und Boden und anderen natürlichen Ressourcen, ein klar definierter Anlagehorizont und die Möglichkeit, unter gleichen Ausgangsbedingungen Handel zu treiben. Die Beendigung der palästinensischen Arbeit in den Siedlungen würde diese Aufgabe noch anspruchsvoller machen.

137. Die IAO begrüßt jede Anstrengung, die die Regierung Israels unternimmt, um die durch die Besatzung verursachte Belastung der palästinensischen Arbeitnehmer und ihrer Familien zu verringern. Der Bericht hat auf verschiedene Verbesserungen des Zugangs und der Bewegungsfreiheit hingewiesen, die im Westjordanland zu beobachten waren, aber die Lage in Ostjerusalem, entlang der Sperrmauer und im überwiegenden Teil der Zone C gibt nach wie vor Anlass zu großer Sorge. Die IAO hat immer die Ansicht vertreten, dass Verbesserungen des Zugangs und der Bewegungsfreiheit positive Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung und die Beschäftigung in dem besetzten palästinensischen Gebiet und somit auch auf die Friedensverhandlungen haben.

138. Der Belagerungszustand im Gazastreifen ist nicht hinnehmbar, unhaltbar und kontraproduktiv. Nach der Operation „Gegossenes Blei“ vor mehr als einem Jahr ist Gaza immer noch ein „Industriefriedhof“. Je länger die gravierenden Behinderungen der Unternehmensentwicklung und der produktiven Beschäftigung andauern, desto stärker wird dies die Zukunftsaussichten aller Einwohner Gazas untergraben.

139. Die Rechte und die Menschenwürde der Arbeitnehmer werden in gravierender Weise verletzt, und das Recht des palästinensischen Volkes auf menschenwürdige Arbeit bleibt weitgehend unerfüllt. Die andauernde Menschenrechtskrise in Gaza, die Diskriminierung und Vertreibung von Arbeitnehmern und ihren Familien in Ostjerusalem und die durch die jüngste Militärverordnung über „Infiltration“ vorgesehene Trennung von Familien – dies alles bedeutet eine weitere Bedrohung von Frieden und Sicherheit.

140. Die IAO hat sich stets für die legale Beschäftigung von Palästinensern in Israel unter fairen Arbeitsbedingungen eingesetzt. Die Position des israelischen Herstellerverbands und der Histadrut zur Frage der Nichtdiskriminierung sowie alle sonstigen Bemühungen um die Gleichbehandlung der israelischen und palästinensischen Arbeitnehmer sind zu begrüßen. Zwar bleibt die Arbeit von Palästinensern in Israel eine Option für zwei friedlich Seite an Seite lebende Staaten, aber die Entwicklung der internen palästinensischen Wirtschaft und des palästinensischen Arbeitsmarkts muss oberste Priorität haben.

Quellennachweis

- Al-Haq. 2010. Economic and physical oppression: The Wall, the occupation, and Palestinian workers, 13. April.
- Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), 2009a. *Locked In: The humanitarian impact of two years of blockade on the Gaza Strip*, Special Focus, August.
- . 2009b. *West Bank Movement and Access Update*, November.
- . 2009c. *The planning crisis in East Jerusalem: Understanding the phenomenon of “illegal” construction*, April.
- . 2009d. *Israeli settler violence and the evacuation of outposts*, November.
- . 2010a. *oPt Humanitarian Overview: The West Bank and East Jerusalem*, Präsentation, Februar, unter www.ochaopt.org.
- . 2010b. *Protection of civilians*, 3.-9. März.
- Arabische Republik Syrien, Sozial- und Arbeitsministerium. 2010. *Summary Annual Report: Situation of workers in the Occupied Syrian Golan 2009-10*, April.
- B’Tselem. 2009. *Beatings and abuse*, 26. November, unter www.btselem.org.
- Büro des Sonderkoordinators der VN für den Friedensprozess im Nahen Osten (UNSCO). 2010. *Progress and Challenges – Effective support to State-Building in the Occupied Palestinian Territories*, Ad Hoc Liaison Committee Meeting Madrid, 13. April.
- Centre for the Defence of the Individual (HaMoked). 2009. *Revocation of residency status from permanent residents in Jerusalem*, unter www.hamoked.org.il.
- Europäische Union (EU). 2009. “Council conclusions on the Middle East Peace Process”, in *The Council of the European Union*, 2985th Foreign Affairs Council Meeting, Brüssel, 8. Dezember.
- Gerichtshof der Europäischen Union. 2010. “Products originating in the West Bank do not qualify for preferential customs treatment under the EC-Israel Agreement”, in *Judgement in Case C-386/08*, 25. Februar, unter www.europe.eu.
- Haas, A. 2010. “The right to deport”, in *Haaretz*, 14. April, unter www.haaretz.com.
- Hasson, H. 2010. “Neighbourhoods east of fence no longer part of Jerusalem”, in *Haaretz*, 8. Januar, unter www.haaretz.com.
- Hasson, N. 2009. “Palestinians in Ma’aleh Adumim employed by Israel but on Jordanian terms”, in *Haaretz*, 28. Oktober, unter www.haaretz.com.
- Hebron Municipality Achievements*. 2010.

- Internationaler Gerichtshof (IGH). 2004. "Legal Consequences of the Construction of a Wall in the occupied Palestinian territory", in *Reports of Judgements, Advisory Opinion and Orders*, Advisory Opinion, 9. Juli.
- Internationaler Währungsfonds (IWF). 2010. "Staff report for the meeting of the Ad hoc Liaison Committee", in *Macroeconomic and Fiscal framework for the West Bank and Gaza: Fifth review of progress*, 13. April.
- Internationales Arbeitsamt (IAA). 2007. *Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete*, Bericht des Generaldirektors (Anhang), Internationale Arbeitskonferenz, 96. Tagung, Genf.
- Jerusalem Institute for Israel Studies. 2010. *Jerusalem: Facts and trends 2007/2008*.
- Kav LaOved. 2009a. *Israeli employers ignore Palestinian workers injured on the job*, 26. September.
- . 2009b. *Info on Barkan Industrial Park in the Occupied Territories*, 6. Juni.
- Koordinator für Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT). Israel. 2010. *Presentation to the ILO*, April.
- Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. 2010. *Human rights in the occupied Syrian Golan*, Report of the Secretary-General, 13. Tagung, Dokument A/HRC/13/52, 19. März.
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). 2010. *OECD Reviews of labour Market and Social Policies: Israel*.
- Palästinensische Nationalbehörde (PNA). 2007. *Building a Palestinian State: towards peace and prosperity*, Dezember.
- . 2009. "Palestine: Ending the occupation, establishing the State", in *The Programme of the Thirteenth Government*, August.
- . 2010a. *A strategy for the development of the labour sector in Palestine*, Februar.
- . 2010b. "Building Palestine: achievements and challenges", in *Report of the Palestinian National Authority to the Ad Hoc Liaison Committee*, 13. April.
- Palästinensisches Frauenforschungs- und Dokumentationszentrum. 2009. *Women and labour fact sheet*.
- Palästinensisches Handelszentrum (PALTRADE). 2010. *Gaza Strip Crossings Bi-Mo*.
- Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS). 2009a. *Labour Force Survey*, (Oktober-Dezember 2008), Round (Q4/2008).
- . 2009b. *Labour Force Survey* (Januar-März 2009), Round (Q1/2009).
- . 2010a. Press release on the occasion of Land Day, 30. März.
- . 2010b. *Labour Force Survey* (April-Juni 2009), Round (Q2/2009).
- . 2010c. *Labour Force Survey* (Juli-September 2009), Round (Q3/2009).
- . 2010d. *Labour Force Survey* (Oktober-Dezember 2009), Round (Q4/2009).
- . 2010e. *Labour Force Survey* (Oktober-Dezember 2009), Round (Q4/2009). Preliminary Estimates of Quarterly National Accounts (Fourth Quarter 2009), Pressemitteilung, März 2010.
- . 2010f. *Palestinian Consumer Price Index*.

- Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UNSC). 2010. Kurzbericht von B. Lynn Pascoe, Under-Secretary-General for Political Affairs, in *The situation in the Middle East, including the Palestinian question*, 6298th meeting, 65th year, Dokument S/PV.6298, 14. April.
- The Association for Civil rights in Israel and Ir-amin. 2009. *Status report: The Arab-Palestinian school system in East Jerusale as the 2009-10 school year begins*, September.
- Vereinte Nationen. 2009. "Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and the occupied Syrian Golan", *Report of the Secretary-General*, Generalversammlung, 64. Tagung, Dokument A/64/516.
- . 2010a. *Statement by the Middle East Quartet*, 19. März. (SG/2158).
- . 2010b. *Independent UN Rights expert warns Israeli orders may breach Geneva Conventions*, Pressemitteilung, 19. April.
- VN-Ausschuss gegen Folter. 2009. *Consideration of reports submitted by States parties under Article 19 of the Convention: Concluding observations of the Committee against Torture*, 42. Tagung, Dokument CAT/C/ISR/CO/4, 23. Juni.
- Weltbank. 2008. *An analysis of the economic restrictions confronting the West Bank and Gaza*, unter <http://siteresources.worldbank.org/>.
- . "Towards a Palestinian State: Reforms for fiscal strengthening", *Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee*, 13. April, unter www.worldbank.org/ps.
- Women's Centre for Legal Aid and Counselling. 2010. *Alternative report for consideration regarding Israel's third periodic report to the United Nations Human Rights Committee*.

Anhang

Verzeichnis der Gesprächspartner

Palästinensische Institutionen

Palästinensische Behörde

Arbeitsministerium

Ahmed Majdalani, Arbeitsminister

Salah Alzaroo, Beigeordneter Unterstaatssekretär des Arbeitsministeriums

Asef Said Asa'd, Generaldirektor, Beschäftigungsfragen

Wirtschaftsministerium

Hassan Abu Libdeh, Wirtschaftsminister

Ziad Toame, Generaldirektor, Dienste für Industrie, Handel und Verbraucher

Ziad Karable, Generaldirektor, Grundsatzpolitik, Erhebungen und Statistiken

Ministerium für Planung und Entwicklung der Verwaltung (MOPAD)

Estephan Salameh, Sonderberater des Ministers/Interimistischer Leiter der Koordination des Hilfsmanagement

Bashar Jumaa, Leiter des Reform- und Entwicklungsplans

Zackaria Sabella, Direktor, EU-Abteilung

Ministerium für öffentliche Arbeiten und Wohnungswesen

Mohammad Shtayyeh, Minister für öffentliche Arbeiten und Wohnungswesen

Distrikt Hebron

Hussein Al-A'raj, Gouverneur

Ministerium für Kommunalverwaltung, Ortschaft Hebron

Khaled Osaily, Bürgermeister von Hebron

Jawad Sayyed Al-Herbawi, Berater des Bürgermeisters

Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)/Palästinensischer Legislativrat (PLC)

Saeb Erakat, Leiter der Abteilung für Verhandlungen

Büro des Präsidenten

Amb. Majdi Khaldi, Berater für Außenpolitik

Yasser Abu Khater, Leiter der Rechtsabteilung

Palästinensisches Statistisches Zentralamt (PCBS)

Mohammed Al Omari, Generaldirektor, Bevölkerungs- und Sozialstatistik

Faed Rayyan, Direktor, Finanz- und Regierungsstatistiken

Saadi Al Masri, Direktor, Abteilung Erwerbsbevölkerung

Ameneh Khaseib, Direktor, Abteilung volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Saleh Al Kafri, Generaldirektor, Wirtschaftsstatistiken

Afif Abdul-Aziz, Assistent des Präsidenten für ergänzende Angelegenheiten

Palästinensische Währungsbehörde (PMA)

Jihad Al Wazir, Gouverneur

Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und andere Organisationen

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Nablus

Shaher Sae'd, Generalsekretär

Mahmoud Amer, Generalsekretär des Rates (Qalqilya)

Manawel Abdelall, Mitglied des Nationalen Sekretariats

Suheil Saliba Khader, Mitglied des Nationalen Sekretariats

Hussain Fuqaha, Mitglied des Nationalen Sekretariats

Laila N. Sha'ar, Mitglied des Nationalen Gewerkschaftsrates (PSU)

Fathi Naser, Rechtsberater

Ibrahim Daraghme, Mitglied des Exekutivausschusses

Mahmoud Abdallah, Mitglied des Exekutivausschusses

Moeen Rayyan, Journalist beim PGFTU

Ismat Kamel Al Masri, Mitglied des Verwaltungsausschusses

Ahmad Darwish, Arbeitnehmer

Mahmoud Hasoneh, Arbeitnehmer

Adeeb Bsharat, Arbeitnehmer

Monjed Bsharat, Arbeitnehmer

Zedan Tanour, Arbeitnehmer

Haitham Odeh, Arbeitnehmer

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Gaza

Bashir Al Sici, Vorsitzender des Exekutivausschusses, Vorsitzender der Allgemeinen Union des öffentlichen Dienstes

Ayesh Ebaid, Mitglied des Exekutivausschusses, Vorsitzender der Allgemeinen Union der Arbeitnehmer im Baugewerbe

Tariq Al Hindi, Schriftführer des PGFTU, Sekretär des PGFTU, Vorsitzender der Allgemeinen Union der Arbeitnehmer in der Landwirtschaft

Mohamed Abu Ajena, Mitglied des Exekutivausschusses, Vorsitzender der Allgemeinen Union der Verkehrsdienste

Sameer AlAshqar, Mitglied des Exekutivausschusses, Vorsitzender der Allgemeinen Union der städtischen Bediensteten

Aref Abu Jaraad, Mitglied des Exekutivausschusses, Vorsitzender der Allgemeinen Union der Staatsangestellten

Salama Abu Za'ater, Mitglied des Exekutivausschusses, Vorsitzender der Allgemeinen Union der Arbeitnehmer im Gesundheitsdienst

Abdul Haleem Abu Za'ater, Mitglied des Exekutivausschusses, Vorsitzender der Allgemeinen Union der Arbeitnehmer in Banken und Versicherungen

Mohamed Heles, Mitglied des Exekutivausschusses, Allgemeine Union der Arbeitnehmer im Baugewerbe

Fayez Lubad, Mitglied des Exekutivausschusses, Allgemeine Union der städtischen Bediensteten

Faris Al Akhras, Mitglied des Exekutivausschusses, Allgemeine Union der Metallarbeiter

Wael Khalaf, Mitglied des Exekutivausschusses, Allgemeine Union der Staatsangestellten

Yehia Abu Allatta, Mitglied des Exekutivausschusses, Allgemeine Union der Arbeitnehmer im Transportwesen

Baker AlJamal, Mitglied des Exekutivausschusses, Allgemeine Union der Bildungsdienste

Abdul Raouf Mahdi, Sekretär für Internationale Beziehungen, PGFTU

Sameera Abdul Aleem, Vorsitzende des Frauenforums, PGFTU

Jameel Al Farna, Rechtsberater, PGFTU

Verband der Palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA), Ramallah

Ahmad Hashem Zoghayyer, Präsident

Jamal Jawabreh, Generaldirektor

Nazeih Mardawi, Abteilung für Informations- und Computerdienste

Ali Muhanna, Direktor, Abteilung für Planung und KMUs

Akram Hijazi, Förderungsbeauftragter, IAO/FPCCIA-Projekt

Albert Over, IAO/FPCCIA-Programmdirektor

Handels- und Industriekammer von Ramallah

Mohammad A. Amin, Vorsitzender

Handels- und Industriekammer von Hebron

Taysir Al Said, Direktor, Abteilung für Berufsbildung

Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammer von Südhebron

Jalal Makharza, Vorsitzender

Handelskammer von Jenin

Samir Soqin, Vorsitzender

Handelskammer von Gaza

Mohammed S. Qudwah, Vorsitzender

Bassam Mortaja, Geschäftsführender Direktor

Maher Al-Taba', Direktor für Öffentlichkeitsarbeit

Palästinensischer Bauunternehmerverband, Gaza

Mohammed Hussaini, Geschäftsführer

Mahmoud Abed, Schatzmeister

Palästinensisches Handelszentrum (PALTRADE)

Maher Hamdan, Vorstandsvorsitzender

Palästinensische Hochschulgesellschaft für das Studium internationaler Angelegenheiten (PASSIA)

Mahdi Abdul Hadi, Präsident

Al-Haq, Ramallah

Shawan Jabarin, Generaldirektor

Stijn Denayer, Rechtswissenschaftler

Pharmacare

Bassim Subhi Khoury, Vorsitzender

Palästinensisches Zentrum für Menschenrechte, Gaza

Khalil Shahin, Direktor, Abteilung wirtschaftliche und soziale Rechte

Jaber Wishah, Stellvertretender Direktor

Palästinensisches Wirtschaftsforschungsinstitut (MAS)

Samir Abdallah, Direktor

Yasser-Arafat-Stiftung

Nasser Qudwa, Vorsitzender

Nationaler Ausschuss für die Beschäftigung der Frau

Laila Sha'ar, Finanz- und Verwaltungsassistentin, PGFTU Nablus

Zahira Kamal, UNESCO

Fatena Al-Watha'efi, Ministerium für Frauenangelegenheiten

Fatema Radaida, Leiterin der Gleichstellungsstelle, Ministerium für Frauenangelegenheiten

Zeyad Joweiles, Generaldirektorin für Berufsbildung, Ministerium für akademische Bildung

Iman Assaf, Leiterin der Gleichstellungsstelle, Arbeitsministerium

Khitam Sa'afin, Koordinatorin der Frauendienststelle, Ausschüsse für landwirtschaftliche Arbeit, Allgemeine Frauenunion

Rasha Amarneh, Leiterin der Rechtsabteilung, Arbeitsministerium

Hassan Khatib, Staatssekretär des Arbeitsministeriums

Doa' Wawi, Leiterin des Unternehmerinnenforums

Lamis Al Hantuli, Projektkoordinatorin, Meftah Association

Naela Odeh, Gesellschaft im Dienste der Entwicklung tätiger Frauen

Salam Al Khalili, Beraterin des Ministers zu Gleichstellungsfragen, Arbeitsministerium

Faten Nabhan, Projektkoordinatorin, Frauenzentrum für Rechtshilfe und -beratung

Ayman Abdel Majeed, Wissenschaftlerin und Erhebungskoordinatorin, BeirZeit-University

Fatima Shama'a, Leiterin der Gleichstellungsstelle, Wirtschaftsministerium

Sama Aweidah, Geschäftsführerin, Zentrum für Frauenstudien

Reem Aboushi, Geschäftsführerin, Asalah Association

Israelische Institutionen

Regierung Israels

Ministerium für Industrie, Handel und Arbeit

Avner Amrani, leitender Forschungskordinator, Abteilung Arbeitsbeziehungen

Shlomo Ytzhaky, Verantwortlicher für Arbeitsbeziehungen

Außenministerium

Tibor Shaler Schlosser, Direktor, Abteilung Internationale Organisationen

Koordination der Regierungstätigkeiten in den Gebieten (COGAT)

Eitan Dangot, Koordinator der Regierungstätigkeiten

Uri Singer, Leiter, Abteilung Auswärtige Beziehungen

Doron Segal, Leiter, Wirtschaftsabteilung

Verbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und andere Organisationen

The Manufacturers' Association of Israel

Shraga Brosh, Präsident und Vorsitzender der Föderation israelischer Wirtschaftsverbände

Dan Catarivas, Direktor für internationale Beziehungen, Föderation israelischer Wirtschaftsverbände

Daphna Nitzan-Aviram, Direktorin der Hauptabteilung Wirtschaftsforschung und -strategie

Ran Tuttnauer, Vorsitzender des Arbeitsausschusses

Avi Barak, Leiter der Abteilung Arbeitskräfte und Humanressourcen

Isaac Gurvich, Stellvertretender Generaldirektor und Finanzchef des Israelischen Verbandes der Bauunternehmer

Histadrut – Allgemeiner Israelischer Gewerkschaftsbund

Avital Shapira-Shabirow, Direktorin, Internationale Abteilung

Yousef Kara, Vertreter der Histadrut bei der Internationalen Arbeitsorganisation, Mitglied des Exekutivbüros

Vereinte Nationen und internationale Organisationen

Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Friedensprozess im Nahen Osten (UNSCO)

Robert H. Serry, Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Friedensprozess im Nahen Osten

Anwar Darkazally, Beauftragter für Regionale Angelegenheiten

Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), Besetztes palästinensisches Gebiet

Ray Dolphin, Verantwortlicher für humanitäre Angelegenheiten, Sachverständiger für die Sperrmauer

Hamed Qawasmeh, Beigeordneter Sachverständiger für humanitäre Angelegenheiten, Koordinierungsstelle für den Außendienst

Tareq Talahma, Sachverständiger für humanitäre Angelegenheiten, Koordinierungsstelle für den Außendienst

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Margot Ellis, Stellvertretender Generalkommissarin

Thomas White, Stellvertretender Direktor, UNRWA-Operationen, Westjordanland

John Ging, Direktor, UNRWA-Operationen, Gaza

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen/Hilfsprogramm für das palästinensische Volk

Jens Toyberg-Frandzen, Sonderbeauftragter des Administrators

Roberto Valent, Stellvertretender Sonderbeauftragter des Administrators

Conal Urquhart, Berater für Außenbeziehungen

Sufian Mushasha', Projektmanager/PHDR

Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Besetztes palästinensisches Gebiet (OHCHR)

Eva Tomič, Büroleiterin

Weltbank, Landesbüro für das Westjordanland und Gaza

Mariam Sherman, Landesdirektorin

Eileen Murray, Verantwortliche für operative Maßnahmen

Sonstige Treffen

Gisha – Legal Center for Freedom of Movement

Sari Bashi, Direktorin

B'Tselem –Israelisches Informationszentrum für Menschenrechte in den besetzten Gebieten

Risa Zoll, Direktorin, Außenbeziehungen

Kav LaOved

Hanna Zohar, Direktorin

Salwa Alinat, Palästinensisches Kav LaOved-Projekt

The Alternative Information Center

Shir Hever, Wirtschaftswissenschaftler

Besetzter Syrischer Golan

Majd Kamal Kanj Abu Saleh, Rechtsanwalt
Thaer Kamal Kanj Abu Saleh, Direktor, Gewerbeschule
Kanj Sleiman Abu Saleh, Landwirt
Salah Mohammad Moughrabi, Landwirt
Said Farhan Farhat, Landwirt
Mahmoud Sleiman Merei, Landwirt
Hassan Mahmoud Fakhr Al Din, Landwirt

Treffen in Damaskus, Arabische Republik Syrien

Diala Haj Aref, Ministerin für Arbeits- und Sozialangelegenheiten
Riad Hejab, Gouverneur vom Distrikt Quneitra
Issa Maldaoun, Stellvertretender Minister für Arbeits- und Sozialangelegenheiten
Rakan Ibrahim, Direktor für Arbeitsfragen, Ministerium für Arbeits- und Sozialangelegenheiten
Fahd Nofal, Direktor für international Beziehungen, Ministerium für Arbeits- und Sozialangelegenheiten
Rasha Harfoush, Direktorin für Fragen der Erwerbsbevölkerung, Ministerium für Arbeits- und Sozialangelegenheiten
Mohamadia Al Nassan, Außenministerium
Ahmad Habbab, Allgemeiner Gewerkschaftsbund
Ahmad Al Hassan, Allgemeiner Gewerkschaftsbund
Bashar Hatahet, Industriekammer Damaskus

Internationaler Bund arabischer Gewerkschaften (ICATU)

Rajab Maatouk, Generalsekretär
Mohamed Badran, Untergeneralsekretär

Treffen in Kairo, Ägypten

Mohamed M Sobeih, Botschafter und Beigeordneter Generalsekretär, Sektor Palästina und besetzte arabische Gebiete, Liga der arabischen Staaten
Soheir Bessiso, Ministerin mit unbeschränkter Vollmacht
Ahmed Mohamed Luqman, Generaldirektor, Arabische Arbeitsorganisation